

WORKING PAPER FORSCHUNGSFÖRDERUNG

Nummer 090, September 2018

Arbeit nach dem Boom in der Bundesrepublik Deutschland

Industrielle Konflikte und gesellschaftliche
Debatten: Materialien für den Geschichtsunterricht

Arne Hordt und Jörg Neuheiser

Die Autoren:

Prof. Dr. Jörg Neuheiser ist DAAD-Professor an der University of California, San Diego. Er forscht und lehrt u. a. zur Geschichte der Arbeit im 20. Jahrhundert und zur politischen Mobilisierung von sozialen Gruppen aus den Unterschichten seit der Französischen Revolution. Sein aktuelles Projekt beschäftigt sich mit dem Wandel des Arbeitsethos in Deutschland seit 1945. Er ist Vertrauensdozent der Hans-Böckler-Stiftung.

Dr. Arne Hordt, geboren in Duisburg, aufgewachsen in Mülheim/Ruhr, studierte und promovierte in Tübingen am SFB 923 „Bedrohte Ordnungen“ mit einem Vergleich über den britischen Bergarbeiterstreik 1984 bis 85 und die Proteste in Duisburg-Rheinhausen 1987 bis 88. Arne Hordt ist Referent in der Landesregierung Nordrhein-Westfalen.

© 2018 by Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
www.boeckler.de



„Arbeit nach dem Boom in der Bundesrepublik Deutschland“ von Arne Hordt, Jörg Neuheiser ist lizenziert unter

Creative Commons Attribution 4.0 (BY).

Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell. (Lizenztext: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/de/legalcode>)

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Schaubildern, Abbildungen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

ISSN 2509-2359

Inhalt

Abbildungsverzeichnis.....	4
Einleitung	5
1. Kampf um Arbeit–Arbeitskämpfe	8
a) Der Kampf um die 35-Stunden-Woche von 1984.....	12
b) Der Kampf um das Kruppstahlwerk in Rheinhausen (1987).....	21
c) Der Hungerstreik von Bischofferode (1993)	31
2. „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik	39
a) Ford-Streik in Köln 1973	43
b) Ganz unten?	51

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Cover der IG Metall Mitgliederzeitschrift metall vom 27.04.1984.....	14
Abbildung 2: Aufruf zu einer Protestkundgebung gegen Aussperrungen und die Streichung des Kurzarbeitergeldes in Bonn. Sonderausgabe der IG Metall Mitgliederzeitschrift metall vom 21.05.1984.....	15
Abbildung 3: Am 7.12.1987 ‚stürmen‘ Krupp-Arbeiter aus Rheinhausen und anderen Standorten von Krupp-Stahl die Vorstandsetage des Krupp-Stahl Gebäudes in Bochum. Dort sollte zu diesem Zeitpunkt eine Sitzung des Aufsichtsrats und Vorstands der Krupp-Stahl AG stattfinden. Fotograf: Manfred Vollmer.	29
Abbildung 4 (links): Bundesarchiv, Bild 183-1990-0721-001, Fotograf: Ralph Hirschberger.....	36
Abbildung 5 (rechts): Bundesarchiv, Bild 183-1990-0721-006, Fotograf: Ralph Hirschberger.....	36
Abbildung 6 :Karikatur von Klaus Pielert (Handelsblatt, 31.08.1973, S. 2):.....	46
Abbildung 7: Bildserie zum Arbeitstakt bei Ford	48

Einleitung

Wie kann man es Geschichtslehrerinnen und -lehrern erleichtern, im Unterricht in den höheren Klassen der Sekundarstufe I und in der Sekundarstufe II zeithistorische Themen zu behandeln? Wie lässt sich verhindern, dass die Geschichte der Bundesrepublik nach 1945 im deutschen Geschichtsunterricht fast ausschließlich auf den Systemvergleich mit der DDR verkürzt wird und damit fast zwangsläufig als alternativlose Erfolgsgeschichte erscheint, die kaum Raum lässt für soziale Konflikte und gesellschaftliche Auseinandersetzungen? Und: Warum erscheinen Gewerkschaften, Arbeitskonflikte und Auseinandersetzungen um die Arbeitswelt in aktuell für den Geschichtsunterricht zugelassenen Lehrwerken fast ausschließlich im Zusammenhang mit Themen des 19. Jahrhunderts, wie Industrialisierung und proletarischem Massenelend?

Fragen wie diese standen am Anfang eines Projekts, das sich aus intensiven Diskussionen über den Wandel der Arbeitswelt seit den siebziger Jahren ergeben hat und in direktem Bezug zu Forschungen steht, die den Zeitraum seit etwa 1970 als „Vorgeschichte der Gegenwart“ (Günter Hockerts) begreifen. In Anlehnung an einen Titel von Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael lassen sich die Jahrzehnte „nach dem Boom“ der unmittelbaren Nachkriegszeit als eine Epoche wahrnehmen, in der die wesentlichen Problemhorizonte unserer Gegenwart entstanden sind: Globalisierung und Digitalisierung, ökologische Fragen und Finanzmarktkapitalismus prägen weiterhin unsere Zeit, ebenso wie die seit den siebziger Jahren währenden Debatten um den Niedergang des Sozialstaats, die damals „neue“ Arbeitslosigkeit und eine neoliberale Wende in der Wirtschaftspolitik.

Während die Geschichtswissenschaft seit gut einem Jahrzehnt über den Charakter des „Strukturbruchs“ in der Mitte der siebziger Jahre diskutiert, folgt die Logik deutscher Geschichtsbücher nach wie vor der Chronologie des Kalten Krieges und der deutschen Teilung. Die Gründung zweier deutscher Staaten wird zurecht als Konsequenz aus der moralischen Katastrophe des Nationalsozialismus, der Entfesselung des Weltkrieges und den Verbrechen des Holocaust betrachtet; aus der Systemkonkurrenz und der wirtschaftlichen und politischen Überlegenheit des westdeutschen Modells ergibt sich schließlich die Wiedervereinigung als Begründung deutscher Gegenwartsgeschichte. Die entscheidenden Zäsuren lauten 1945 und 1989.

Für diese Einteilung gibt es gute Gründe; sie hat aber auch einen entscheidenden Nachteil: Wenn man die Geschichte der Bundesrepublik im Wesentlichen als Erfolgsgeschichte nach der Katastrophe der NS-Diktatur erzählt und die deutsche Geschichte nach 1945 vor allem als

Konkurrenzverhältnis von BRD und DDR versteht, bleiben Fragen nach der historischen Genese aktueller Problemkonstellationen fast zwangsläufig im Hintergrund. Grundlegende Veränderungen der deutschen Gesellschaften, die über den Mauerfall von 1989 hinaus unsere Gegenwart prägen, bleiben unterbelichtet; soziale Konflikte und gesellschaftliche Auseinandersetzungen im „Erfolgsmodell Westdeutschland“ können nicht ausreichend thematisiert werden.

Vor diesem Hintergrund entstand der Gedanke, im Rahmen einer Lehrveranstaltung an der Schnittstelle von Fachdidaktik und Zeitgeschichte mit Tübinger Lehramtsstudierenden gezielt nach Möglichkeiten zu suchen, Themen der aktuellen zeitgeschichtlichen Forschung unmittelbar in den Unterricht einfließen zu lassen. Mit Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung fand im Wintersemester 2014/15 unter Leitung von Jörg Neuheiser und Arne Hordt am Seminar für Neuere Geschichte der Eberhard Karls Universität Tübingen eine entsprechende Übung mit insgesamt 18 Lehramtsstudierenden statt. Im Rahmen der Veranstaltung „Arbeit nach dem Boom: Der Wandel der Arbeitswelt seit Mitte des 20. Jahrhunderts im Geschichtsunterricht“ haben wir gemeinsam mit den Studierenden zunächst Schulbücher für den Geschichtsunterricht in den Jahrgangsstufen 8 bis 13 aus verschiedenen Bundesländern analysiert und mit amtlichen Lehrplänen bzw. Bildungsstandards verschiedener Kultusministerien aus west- und ostdeutschen Bundesländern abgeglichen. In einem zweiten Schritt haben wir Streiks, Protestbewegungen und gesellschaftliche Konflikte ausgewählt, die sich eignen, um exemplarisch Konfliktmomente in Bereichen wie „Strukturwandel“, „Arbeitslosigkeit“, „Frauenarbeit“ und „Migration“ zu thematisieren. In vier Kleingruppen erarbeiteten die Studierenden schließlich Unterrichtsentwürfe und Materialsammlungen für den Geschichtsunterricht.

Diese Materialsammlungen und Unterrichtsentwürfe sowie die in den Lehrveranstaltungen gemachten Erfahrungen dienten in der Folge als Grundlage für die hier veröffentlichten Unterrichtsmaterialien. Im Rahmen der weiteren Bearbeitung mussten wir die studentischen Beiträge erheblich verändern, ja z. T. ganz neue Materialien auswählen oder vollständig neue Themen erarbeiten. Doch ohne die inspirierenden Erfahrungen aus den Lehrveranstaltungen, die hohe Motivation der Studierenden und die treffsicheren Diskussionen in der vorausgegangenen Übung, wäre die vorliegende Publikation sicher nicht zustande gekommen. Unser besonderer Dank gilt folgenden Studierenden: Hilal Öztürk, Susann Heilani, Thomas Schlieske, Robin Kübler, Denis Ortlieb, Manuel Hengge und Katrin Germann. Als studentische Hilfskräfte haben darüber hinaus vor allem Thorsten Zachery und Christoph Schlemmer an der Publikation mitgewirkt. Unser Dank gilt schließlich allen, die uns großzü-

gig und fast immer kostenlos die Rechte zur Veröffentlichung der ausgewählten Materialien überlassen haben.

Abschließend ein Wort zur Form der Veröffentlichung, die eigentlich schon vor zwei Jahren erscheinen hätte sollen: Aufgrund zahlreicher anderer Verpflichtungen und mehrerer beruflicher Veränderungen hat sich die Publikation der Lehrermappen wiederholt verzögert. Der Plan, weitere Themen und insbesondere Materialien zum Wandel von Frauenarbeit und Frauenbildern in der Wirtschaft zu erstellen, ließ sich leider nicht realisieren. Auch ein geplantes Kapitel zur Computerisierung im Bereich der Büroarbeit blieb in den Anfängen stecken. Wir hoffen, dass sich die vorliegenden Unterrichtsmaterialien dennoch als nützlich erweisen und möglichst vielen Kolleginnen und Kollegen in den Schulen als Anregung dafür dienen, Schülerinnen und Schülern anhand von Fallstudien Einblick in die konfliktreiche Sozialgeschichte der Bundesrepublik nach 1970 zu geben.

Jörg Neuheiser/Arne Hordt

1. Kampf um Arbeit–Arbeitskämpfe

Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland

Anfang der siebziger Jahre stiegen die Arbeitslosenzahlen in allen entwickelten, westlichen Volkswirtschaften nach einer Periode der annähernden „Vollbeschäftigung“ erstmals wieder an. In Deutschland erreichten sie bis 1980 die Marke von 4,4 %, während in Frankreich bereits 6,3 % und in Großbritannien 7,4 % erreicht wurden. Diese Zahlen wirken heute zwar fast normal. Zeitgenössisch markierten sie nach einem Jahrzehnt der annähernden Vollbeschäftigung jedoch eine umfassende Krise der Arbeitsgesellschaft. Diese Krise der Arbeitsgesellschaft führte auch zu einer intensiven wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Phänomen Arbeitslosigkeit aus sozialwissenschaftlicher, sozialpsychologischer und geschichts-wissenschaftlicher Perspektive, die z. T. an die Untersuchung von Arbeitslosigkeit und der mit ihr verbundenen Probleme aus früheren Zeiten – vor allem in den 1930er Jahren – anschließen konnte.

In der geschichtswissenschaftlichen Diskussion wird Arbeitslosigkeit grundsätzlich als eine Kehrseite der Entwicklung moderner Arbeitsgesellschaften verstanden. Nur weil Berufs- und Lohnarbeit im 19. Jahrhundert zum zentralen Mechanismus wirtschaftlicher Existenzhaltung und sozialer Anerkennung in industriellen Gesellschaften wurden, konnte sich der Mangel an Arbeit zu einem fundamentalen Problem entwickeln, der sich auch begrifflich von anderen Formen der Armut und Bedürftigkeit unterschied. Zugleich eröffnete der Umgang mit Arbeitslosigkeit seit dem 19. Jahrhundert einen Raum für die Tätigkeit zahlreicher wirtschaftlicher, staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure. Der Sozialstaat musste fehlendes Einkommen durch Arbeitslosen- oder Sozialhilfe ersetzen, konnte Entlassungen im Zuge von Betriebsschließungen über sogenannte Sozialpläne verhindern oder zumindest regeln, und machte immer wieder die aktive Suche der Arbeitslosen nach Beschäftigung zur Bedingung für seine Hilfe.

Arbeitslosigkeit ist für die Geschichtswissenschaft trotzdem ein schwer zu fassender Gegenstand. Dies gilt insbesondere dann, wenn sie nicht als wirtschaftshistorisches Phänomen oder als Gegenstand sozialstaatlicher Regulierung verstanden wird, sondern als historisches Ereignis, das für die Betroffenen mit individuellen und kollektiven Erfahrungen, konkreten Handlungen und politischen Konflikten verbunden ist. Arbeitslose tendieren als Gruppe nicht dazu, sich massenhaft zu organisieren, sie verfügen über wenig ökonomische und politische Macht und treten zumeist mehr als verwaltete Objekte des Sozialstaats denn als

aktive, politische Subjekte auf. Wiewohl es vereinzelt Studien zu Gruppen von Arbeitslosen oder zu Arbeitslosigkeit als lokalem und regionalem Phänomen gibt, wird das Thema deshalb auch hier eher indirekt durch die Fallanalyse von exemplarischen Konflikten thematisiert, die vornehmlich von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern getragen wurden, die sich durch Arbeitslosigkeit bedroht fühlten, aber nicht selbst arbeitslos waren.

Didaktische Überlegungen

In fachdidaktischer Perspektive weist das Thema Arbeitslosigkeit wie der Themenbereich Arbeit insgesamt für die Schülerinnen und Schüler einen unmittelbaren lebensweltlichen Bezug auf. Phasen der Erwerbslosigkeit dürften aus dem familiären Umfeld bekannt sein und stehen Schulabgängern nach einer Ausbildung oder einem Studium womöglich selbst bevor. Durch die Behandlung dieser potentiell bedrohlichen Lebenslage im Geschichtsunterricht können die Lernenden eine realistische Perspektive auf ihr eigenes Leben, dessen ökonomische und soziale Bedingungen sowie eigene Handlungsmöglichkeiten gewinnen. Auf der Ebene allgemeiner Unterrichtsziele werden neben dem Wirklichkeitsbewusstsein die Deutungs- und Reflexionskompetenz gestärkt, indem Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzt werden, sich und andere in einen realistischen Bezug zu einer komplexen Umwelt zu setzen. Konkret geschieht dies durch den Erwerb historischen Wissens über Arbeitslosigkeit in der jüngsten Zeitgeschichte seit 1970 im Wege kritischer Arbeit mit Text- und Bildquellen und durch das Kennenlernen kontroverser Positionen aus der Forschungsliteratur. Methodisch wird eine Untersuchung mit Hilfe von Fallstudien angestrebt, da hier die besondere Leistungsfähigkeit des Fachs Geschichte im Gegensatz zu der in den Fächern Gemeinschaftskunde, Politik oder Wirtschaft angestrebten, schematisch-modellhaften Erarbeitung des Phänomens Arbeitslosigkeit liegt.

Mit dem Konflikt um die 35-Stunden-Woche im Jahr 1984 wird zunächst eine Auseinandersetzung um Arbeit in der westdeutschen Gesellschaft angesprochen, die trotz ihrer großen Reichweite und Bedeutung normalerweise nicht Thema des Geschichtsunterrichts ist. Die Schülerinnen und Schüler werden mit einem bisher unbekannten Gegenstand konfrontiert, den sie sich erst erschließen müssen. Dadurch wird ihre Rekonstruktionskompetenz herausgefordert, ein Bewusstsein für die Alterität der jüngsten Vergangenheit und somit ein Interesse am Thema geweckt, das zu einer vertieften Beschäftigung führen kann. Hier

ergibt sich auch eine Gelegenheit, die historische Herangehensweise an Arbeit als Thema des Schulunterrichts kritisch zu reflektieren. Was waren die strukturellen Probleme der damaligen Arbeits- und Produktionsformen und inwiefern lässt sich dies auf die Gegenwart übertragen? Anders gesagt, lässt sich am Beispiel des Kampfs um die 35-Stunden-Woche „aus der Geschichte lernen“? Ist die Forderung nach einer geringeren Arbeitszeit weiterhin realistisch und wünschenswert oder gibt es heute andere Probleme?

Am Fallbeispiel „Rheinhausen“ lässt sich ein abstrakter ökonomischer Prozess, der vielbeschworene und in der Regel nur über Statistiken und Wirtschaftsdaten nachzuvollziehende „Strukturwandel“, anhand eines konkreten Konflikts untersuchen, der zugleich einen der bedeutendsten Arbeitskämpfe in der Geschichte der Bundesrepublik war. Schülerinnen und Schüler können anhand des Kampfs um die Schließung des Stahlwerks im Duisburger Stadtteil Rheinhausen Perspektiven der verschiedenen an Arbeitskämpfen beteiligten Akteure nachvollziehen und hinterfragen. War die Schließung des Stahlwerks ökonomisch unvermeidlich und daher gerechtfertigt? Wieso fühlten sich die Betroffenen von allen Seiten – Unternehmensleitung, Gewerkschaft und Politik – verraten? Welche Formen der Konfliktlösung scheinen aus heutiger Perspektive sinnvoll und geeignet?

Das Fallbeispiel „Hungerstreik von Bischofferode“ dient dazu, die politisch-sozialen Konflikte und den wirtschaftlichen Wandel zur Zeit der deutschen Wiedervereinigung begreiflich zu machen. Anhand verschiedener Quellen zu diesem Konflikt lässt sich multiperspektivisch die Komplexität der allerjüngsten Geschichte nachvollziehen; Schülerinnen und Schüler werden angeregt, einen eigenen Standpunkt zu öffentlichen Narrativen über das Werden der heutigen Bundesrepublik zu entwickeln. So wird ein scheinbar bekannter, gleichförmiger Abschnitt der Geschichte anschaulich als unbekannter und deshalb spannender Teil der Vergangenheit neu erlebbar. Ein abschließendes Rollenspiel eröffnet die Komplexität der Konfliktlagen und deren historische Ursachen für die Schülerinnen und Schüler ab Jahrgangsstufe 9 auch emotional. Hier können und sollten Bezüge zu aktuellen Problemen aus der unmittelbaren Lebenswelt und der medialen Berichterstattung einfließen. Gibt es in der Nähe Betriebe, die schließen mussten oder müssen? Was bedeutet(e) dies für die betroffenen Arbeitnehmer/innen? Wie kann erfolgreicher Protest gegen Arbeitsplatzabbau heute aussehen?

Literaturhinweise

- Kocka, Jürgen (2005): Mehr Last als Lust. Arbeit und Arbeitsgesellschaft in der europäischen Geschichte. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 46, S. 184–206.
- Lange, Dirk (2005): Historisches Lernen über die Arbeit im Industriezeitalter. Didaktische Überlegungen. In: Praxis Geschichte, H. 5/2005, S. 10–11.
- Raithel, Thomas/Schlemmer, Thomas (Hrsg.) (2009): Die Rückkehr der Arbeitslosigkeit. Die Bundesrepublik Deutschland im europäischen Kontext 1973 bis 1989. München: De Gruyter.
- Rein, Harald (2008): Proteste von Arbeitslosen. In: Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt a. M.: Campus, S. 593–611.
- Ritter, Gerhard A. (2006): Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats. München: C. H. Beck.
- Ther, Philipp (2014): Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa. Berlin: Suhrkamp.

a) Der Kampf um die 35-Stunden-Woche von 1984

Sommer 1984 – Streik für Arbeitszeitverkürzung

Die in den siebziger Jahren steigenden Erwerbslosenzahlen stellten auch die Gewerkschaften vor eine bis dahin unerwartete Herausforderung. Sie reagierten zunächst zögerlich auf die „Rückkehr der Arbeitslosigkeit“, denn in der Zeit stetigen Wirtschaftswachstums hatten sie wegen der Knappheit an Arbeitskräften viele Verbesserungen für ihre Mitglieder erreicht. Zudem organisieren Gewerkschaften – damals wie heute – Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in einem Beschäftigungsverhältnis stehen und nicht Arbeitslose. Aus der neuen Situation ergab sich also ein grundlegendes Problem für die gewerkschaftliche Interessenvertretung.

Als erste DGB-Gewerkschaft fand die IG Metall in den achtziger Jahren eine Strategie, um mit den Mitteln der Tarifverhandlung den Abbau von Arbeitslosigkeit zu erreichen. Sie setzte sich für eine 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ein. Durch die Verringerung der Arbeitszeit sollten die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die bereits eine Beschäftigung hatten, einen greifbaren materiellen Vorteil erhalten. Der Wegfall von fünf wöchentlichen Arbeitsstunden sollte aber auch dazu führen, dass Unternehmen Neueinstellungen vornehmen.

Diese Forderung nach der 35-Stunden-Woche führte 1984 zum längsten und größten Streik in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Der Konflikt mit den Arbeitgebern wurde in den Tarifgebieten Nordwürttemberg/Nordbaden und Hessen unter dem Motto „Statt Arbeitslosigkeit für viele – Arbeitszeitverkürzung für alle“ ausgetragen. Die Strategie der IG Metall bestand darin, wichtige Zuliefererbetriebe zu bestreiken, um damit Druck auf die größeren, weiterverarbeitenden Betriebe auszuüben. Dieses als „Minimax-Strategie“ (minimaler Einsatz, maximaler Effekt) bezeichnete Vorgehen rief scharfe Reaktionen der Arbeitgeber hervor. So sperrten sie auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Betrieben aus, die nicht selbst bestreikt wurden, sondern nur durch ausbleibende Lieferungen von Vorprodukten blockiert waren. Damit hinderten die Arbeitgeber auch Beschäftigte, die gar nicht von sich aus streikten, daran, ihre Arbeitsplätze zu betreten. Diese „kalt Ausgesperrten“ erhielten auch keinerlei Lohn, obwohl sie nicht selbst in Streik getreten waren. Sowohl mit Blick auf die Streikenden als auch auf die Zahl der Ausgesperrten war der Streik um die 35-Stunden-Woche mit über sechs Wochen Dauer

und mehreren hunderttausend betroffenen Beschäftigten der größte und längste Streik in der deutschen Geschichte nach 1945. Trotz seiner enormen Reichweite und Bedeutung hat der Konflikt keinen Eingang in die offizielle Erinnerung an die westdeutsche Geschichte der achtziger Jahre gefunden.

Der Streik entwickelte sich zu einem Grundsatzkonflikt um die Bedeutung von Arbeit im industriellen Strukturwandel der westdeutschen Gesellschaft, um die Reichweite des Streikrechts und die Berechtigung einer Aussperrung durch die Arbeitgeber, in dem mit harten Bandagen gekämpft wurde **(M1)**. Durften die Gewerkschaften in wirtschaftlich schwierigen Zeiten einen Streik ausrufen **(M2)**? War es in einer modernen, verflochtenen Volkswirtschaft überhaupt noch angemessen zu streiken, wenn damit ganze Wertschöpfungsketten unterbrochen wurden **(M3)**? Auf der anderen Seite behielten die Arbeitgeber auch in einer Streiksituation als Eigentümer der Unternehmen immer eine gewisse Vormachtstellung. So konnte man auch die Position vertreten, dass die Stellung der Gewerkschaften angesichts der „kalten Aussperrungen“ durch ein Aussperrungsverbot gestärkt werden müsse **(M4)**.

Aufgrund seiner Länge und der ökonomischen Härte des Konflikts, brachte der Streik für die 35-Stunden-Woche auch in nie zuvor gesehener Weise solidarisches und engagiertes Handeln von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hervor. Aufgrund der veränderten Sozialstruktur und neuer gesellschaftlicher Werte spielten Migranten und Frauen eine wichtige Rolle im Streik. Aus heutiger Sicht mag eine Gruppe wie die „Reutlinger Hausfrauen für die 35-Stunden-Woche“ antiquiert wirken. Für die Frauen der Metallarbeiter bedeutete ein solches Engagement – angesichts von Herkunft und gewohnten Rollenmodellen – aber einen wichtigen Schritt in Richtung mehr Emanzipation **(M5)**. Auf einmal sprachen sie für ihre Männer und nicht mehr nur ihre Männer für sie. Die Beteiligung von Arbeitsmigranten und den ersten bereits in der Bundesrepublik geborenen Nachkommen von „Gastarbeitern“ erreichte ebenso ein bis dahin ungekanntes Ausmaß. Für sie bedeutete die Teilnahme am Streik eine Möglichkeit am politischen Leben in Westdeutschland teilzunehmen, das ihnen sonst verschlossen blieb **(M6)**.

Seit den siebziger Jahren entstanden gerade in der weiterhin wachsenden Metall- und Autoindustrie Südwestdeutschlands auch Konkurrenzgruppen zur etablierten IG Metall. Bei Daimler waren dies z. B. die Gruppe Plakat und die Unabhängige Angestellten Gruppe (UAG). Oft kritisierten sie die Vertreter der Einheitsgewerkschaft im Betriebsrat für ihre mangelnde Flexibilität im Umgang mit neuen Herausforderungen, die sich aus Veränderungen im Produktionsprozess und in der gesamtwirtschaftlichen Lage ergaben. Will man ein einigermaßen vollständiges

Bild des Streiks von 1984 vermitteln, so gehören diese Stimmen dazu, um auszuloten, welche innerbetrieblichen Konfliktpotentiale neben dem institutionalisierten Gegensatz zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern wichtig waren (M7).

Der Kampf um die 35-Stunden-Woche wurde durch eine Tarifeinigung, den sogenannten Ludwigsburger Kompromiss, benannt nach dem Tagungsort der Tarifpartner nördlich von Stuttgart, beendet. Festgelegt wurde eine durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von 38,5 Stunden ohne Pausen ab dem 1. April 1985; für einzelne Arbeitnehmer im Betrieb durfte die wöchentliche Arbeitszeit zwischen 37 und 40 Stunden schwanken. Als Ausgleich für die Arbeitszeitverkürzung wurde eine Lohnerhöhung von 3,9 Prozent vereinbart. Anhand der Quellen M8 und M9 lässt sich über die Bewertung dieses Kompromisses diskutieren und auch streiten.

M 1: Titelbilder, Mitarbeiterbrief

Abbildung 1: Cover der IG Metall Mitgliederzeitschrift metall vom 27.04.1984



Abbildung 2: Aufruf zu einer Protestkundgebung gegen Aussperrungen und die Streichung des Kurzarbeitergeldes in Bonn. Sonderausgabe der IG Metall Mitgliederzeitschrift metall vom 21.05.1984



Aus einem Brief an die Mitarbeiter der Daimler-Benz AG

„Zur Tariflage in der Metallindustrie: Die IG-Metall hat [...] eine Urabstimmung durchgeführt und jetzt zum Streik aufgerufen. Die Arbeitgeber haben immer wieder angeboten, daß sie jederzeit bereit sind, die Gespräche weiterzuführen, um doch noch zu einer Lösung des Konfliktes ohne Arbeitskampf zu kommen. [...]

Was bedeutet ein Streik? Der von der IG-Metall ausgerufene Streik schädigt die Betriebe, und er schädigt jeden einzelnen Beteiligten. Der Streik trifft auch an der Auseinandersetzung Unbeteiligte; er schadet der gesamten deutschen Volkswirtschaft. Ein Streik ist ein legales Mittel, das aber nicht auf die Vernichtung des anderen zielen darf. Deshalb muß ein Arbeitskampf fair geführt werden. Das bedeutet auch, daß Arbeitswillige und nicht vom Streik Betroffene nicht gehindert werden dürfen, das Werksgelände zu betreten. [...]

Stilllegung als Streikfolge: Daimler Benz ist auf vielfältige Zulieferungen angewiesen. Bleiben Zulieferungen aus oder können Lieferungen nicht mehr abge-

nommen werden, ist auch in vom Streik nicht unmittelbar betroffenen Betrieben innerhalb kürzester Zeit eine sinnvolle Weiterarbeit nicht mehr möglich. [...] Bei einer Stilllegung handelt es sich jedoch nicht um eine freie Entscheidung des Arbeitgebers, also nicht um eine Arbeitsk Kampfmaßnahme. Sie ist eine zwangsläufige Folge des Streiks. [...]"

*Aus: Information für die Mitarbeiter der Daimler-Benz AG, Stuttgart
11.5.1984. (Mercedes-Benz Classic, Archive)*

M 2–4: Die Bundestagsdebatte zum Streik um die 35-Stunden-Woche im Juni 1984

M 2: Helmut Kohl, CDU, geb. 1930, 1982–1998 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

„Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund einer wieder aufwärts gerichteten Wirtschaftsentwicklung und einer nachhaltigen Verbesserung der wirtschafts-politischen Rahmenbedingungen haben einige Gewerkschaften die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zur zentralen Forderung ihrer Tarifpolitik gemacht. [...] Niemandem, meine Damen und Herren, will es einleuchten, wie wir mit der wirtschaftlichen Herausforderung, vor der jetzt unser Land steht, fertig werden sollen, wenn wir nicht mehr, sondern stattdessen weniger arbeiten, und das noch bei gleichem Lohn. (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)“

M 3: Otto Graf Lambsdorff, FDP, 1926–2009, 1977–1984 Bundesminister für Wirtschaft:

„Ich bin jedenfalls nicht der Meinung, daß Arbeitskampf und Streik eine wünschenswerte Erscheinung in einer Industriegesellschaft, in einem demokratischen Land wie der Bundesrepublik Deutschland sind. [...] Bei der Verflechtung von Unternehmen und der Tatsache, daß z. B. in einem modernen Automobilwerk die Zulieferung mit Eisenbahnwagen an die Montagestraßen erfolgt, so daß dort gar keine Lager mehr bestehen, führt der Streik in einem solchen Schlüsselzulieferunternehmen unmittelbar zu einer Ausweitung auf Hunderttausende von anderen. [...] Passen die herkömmlichen Strickmuster noch in eine derart verzahnte, arbeitsteilige, moderne und sich weiter entwickelnde Industriegesellschaft und Industrie-praxis, wie sie bei uns heute bestehen?“

Aus: Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle 10/73, Bonn, Mittwoch 6. Juni 1984, S. 5193–5195 (M2) und S. 5221 (M3)

M 4: Gesetzentwurf der Bundestagsfraktion der Grünen gegen Aussperrungen:

„Seit langem wird von maßgeblichen gesellschaftlichen Kräften die Forderung nach einem Aussperrungsverbot erhoben. [...] Die aktuelle tarifpolitische Auseinandersetzung zeigt, daß die parlamentarische Umsetzung dieser Forderung besonders dringlich ist. So stehen Anfang Juni 1984 ca. 63 000 streikenden Beschäftigten im Metallbereich ca. 89 000 unmittelbar Ausgesperrte gegenüber. Ca. 118 000 Beschäftigte der Metallindustrie sind kalt ausgesperrt und erhalten nach dem Erlaß des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit vom 18. Mai 1984 (bestätigt durch den Verwaltungsrat vom 23. Mai 1984) nicht einmal Kurzarbeitergeld bzw. Arbeitslosengeld/-hilfe. Die Unternehmer drohen sogar damit, außerhalb der umkämpften Tarifgebiete auszusperrern (Angriffsaussperrung). [...] Nicht geändert hat sich nämlich trotz aller Erfolge der organisierten Arbeiterbewegung im Laufe der historischen Entwicklung das strukturelle Übergewicht der Unternehmenseite gegenüber den abhängig Beschäftigten und ihren Organisationen.“

Aus: Deutscher Bundestag, Drucksache 10/1635, Gesetzentwurf der Fraktion Die Grünen, Entwurf eines Gesetzes zum Verbot der Aussperrung, Auszug aus der Begründung, S. 3.

Erläuterungen

Im Verlaufe des Streiks um die 35-Stunden-Woche wurden die Aussperrungen der Beschäftigten durch die Unternehmen zum Hauptthema der öffentlichen Debatte. Neben der Aussperrung von streikenden Arbeiterinnen und Arbeitern wurden auch Beschäftigte in solchen Betrieben ausgesperrt, die gar nicht selbst bestreikt wurden, weil dort Zwischenprodukte aus den Zulieferbetrieben fehlten. Dieses Vorgehen wurde und wird als „kalte Aussperrung“ (ohne „heißen“ Streik) bezeichnet. Die davon betroffenen Arbeiterinnen und Arbeiter mussten auf Lohn verzichten, obwohl sie sich nicht selbst im Streik befanden. Im Gegensatz zu früheren Tarifkonflikten erhielten sie auch kein Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeld von der Bundesanstalt für Arbeit. Sie waren also gezwungenermaßen einkommenslos.

Aufgaben

- (A 1) Beschreibe die Darstellungen des Streiks in den Abbildungen und in dem Mitarbeiterbrief (M1). Wer möchte welche Ziele erreichen?
- (A 2) Welche Argumente verwendeten die Vertreter der Bundesregierung (M2 und M3) gegen den Streik?
- (A 3) Wie begründete die Bundestagsfraktion der Grünen ihren Gesetzentwurf (M4) für ein Verbot der Aussperrung? Was ist mit dem „strukturellen Übergewicht der Unternehmenseite“ gemeint?
- (A 4) Vergleiche den Gesetzentwurf der Grünen (M4) mit den Aussagen der Regierungsvertreter Kohl (M2) und Lambsdorff (M3) in der Bundestagsdebatte. Haben die Argumente auch heute noch Gültigkeit?

M 5–6: Engagement während des Streiks

M 5: Frauen während des Streiks

„Nein, wir lassen uns nicht in die Kaffee- und Kuchenecke abdrängen“, lacht Rita Schwarz. Da haben sich die Reutlinger ‚Hausfrauen für die 35-Stunden-Woche‘ längst emanzipiert. Klar, jetzt im Streik packen sie auch in der ‚klassischen‘ Frauenrolle zu. Da kochen Rita und ihre rund 17 Mitstreiterinnen in aller Frühe Kaffee und Tee und fahren die großen Thermoskannen zu den Streikposten. „Unser kleiner R4¹ tut da prima Dienste. Vor allem im Regen: Hinten die Klappe hoch, und wir hatten ein richtiges Vordach.“ Die aktiven Reutlinger Hausfrauen sind nicht erst seit den ersten Streiktagen im Einsatz. Sie taten sich vor gut fünf Jahren zusammen, „weil wir endlich wissen wollten, was unsere Männer in der Gewerkschaft eigentlich machen.“ Ihre Männer sind alle Gewerkschafter, „und da konnte man schon manchmal das Gefühl haben, man wäre mit der IG Metall verheiratet“, mein Elly Keppler, die auch seit der ersten Stunde dabei ist. [...] Machen wir uns nichts vor: Auch ‚Gewerkschaftsmänner‘ tun sich nicht leicht mit ihren streitbaren Ehefrauen, die ihnen jetzt in jeder Diskussion das Wasser reichen können. „Aber die Männer haben viel gelernt“, meint Elyy, „und wir auch: Daß man den Mund aufmachen muß, und daß wir es können.“

Aus: O.A., Frauen voran, IG Metall Streiknachrichten Baden-Württemberg, 15.06.1984.

M 6: „Gastarbeiter“ und Deutsche im Streik

„Dursun Karadag, 20 Jahre alt und in der Bundesrepublik aufgewachsen, meint in waschechtem Schwäbisch: „Man muß was tun! Von nichts kommt nichts.“ Streiken darf er noch nicht, weil er noch Auszubildender ist, aber „Streikposten stehe ich, nicht weil ich Ausländer bin, sondern Kollege.“ Was die ausländischen Kollegen im Arbeitskampf leisten, weiß Theodoros Colovos genau. 53 Jahre ist er alt, seit 25 Jahren in der Bundesrepublik, genauso lange bei WMF in Geislingen, seit vielen Jahren Vertrauensmann, seit vier Wochen ausgesperrt. „Die ausländischen Kollegen sind bereit, jeden Schritt für die Gewerkschaft mitzumachen. Da gibt es kein Wenn und Aber. Wenn’s um Streikposten geht oder andere Arbeit: Sie sind immer dabei. Die deutschen Kollegen sagen schon eher mal, sie hätten keine Zeit oder sie wären krank oder so ... Manche denken wohl, sie zahlen ihren Gewerkschaftsbeitrag, und damit hat sich’s.“

Aus: Krämer-Prein, Gabriele: „Wir halten den Streik noch lange durch“, metall o. D., ca. 20.06.1984.

Aufgaben

(A 5) Wie und für wen werden die Frauen in der Streikzeitung des IG Metallbezirks (M5) dargestellt? Wäre eine Initiative wie die „Hausfrauen für die 35-Stunden-Woche“ heute noch denkbar? Was hältst Du von dem Engagement der Frauen und der Darstellung in der Gewerkschaftszeitung?

¹ Der Renault („R“) 4 war ein preisgünstiger Kleinwagen mit einem charakteristischen Design.

(A 6) Welche konkreten Probleme und Konflikte gibt es bei der Streikorganisation zwischen verschiedenen Gruppen in der Belegschaft (M6)? Was könnten die Gründe dafür sein?

M 7: Konflikte im Betriebsrat des Werks Untertürkheim (Stuttgart) der Daimler Benz AG

M 7: Die UAG² zu den Tarifverhandlungen

„Arbeitslosigkeit: Möglichkeiten und Initiativen des Betriebsrats [...] Am 4. Mai, während noch die Urabstimmung lief, stand das Thema Arbeitslosigkeit als Tagesordnungspunkt 4 auf dem Programm. Nachdem bis 16 Uhr über „wichtigere Dinge“ (z. B. Freistellung von BR-Mitgliedern, Zusammensetzung des Gesamtbetriebsrats, Bericht aus dem Aufsichtsrat) gesprochen wurde, wollten die IGM-Betriebsräte Feierabend machen. Der UAG-Antrag, die Sitzung fortzusetzen, wurde (mit 13 zu 36 Stimmen) abgelehnt. [...] Wir meinen, es grenzt schon an Schizophrenie, wenn die IGM einen harten Arbeitskampf für die 35-Stunden-Woche führt, die IGM-Betriebsräte aber nicht bereit sind, innerbetrieblich wenigstens den Versuch zu unternehmen, durch Maßnahmen, wie vermehrte Teilzeitarbeit, durch Vorruhestandsregelung oder durch einen wahlweisen Freizeitausgleich für Mehrarbeit einige neue Arbeitsplätze für Arbeitslose zu schaffen.“

Aus: UAG INFO, Information der Unabhängigen Angestellten Gruppe des Werkes Untertürkheim mit Zentrale, Nr. 25, Juli 1984.

M 8–9: Stimmen zum Streikende

M 8: Hans Mayr (Vorsitzender IG Metall) zum Streikende

„Wer den Ludwigsburger Kompromiß richtig bewerten will, der muß ihn als Resultat der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in der Beschäftigungskrise verstehen. Sie sind geprägt durch jenen Klassenkampf von oben, der den Arbeitskampf in der Metallindustrie zur härtesten sozialen Auseinandersetzung unserer Organisation in der Nachkriegsgeschichte gemacht hat. Trotz der massiven Unterstützung durch die Bundesregierung und trotz des krassen Mißbrauchs ihrer Macht durch die Aussperrung ist es den Arbeitgebern nicht gelungen, die 40-Stunden Woche festzuschreiben und die IG Metall in die Krise zu treiben.“

Aus: Hans Mayr, Vorsitzender der IG Metall, „Die 40 sind weg“, metall Extra, Sondernummer 02.07.1984.

² Die Unabhängige Angestellten Gruppe (UAG) war eine Gruppierung innerhalb der Daimler-Belegschaft, die seit den siebziger Jahren bei Betriebsratswahlen im Bereich der Angestellten im Werk Untertürkheim antrat. Sie konnte hier bei einigen Betriebsratswahlen die Mehrheit der Stimmen bei den Angestellten gewinnen. Viele Angehörige dieser Statusgruppe im Daimler-Werk fühlten sich offensichtlich nicht mehr von den etablierten Gewerkschaften des DGB, der Deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG) und der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) vertreten.

M 9: Anzeige der Daimler-Benz AG

„Der Arbeitskampf ist vorbei. Das Ziel war es, Lösungen zu finden, die den Arbeitsmarkt entlasten, aber die Chancen der deutschen Industrie auf den internationalen Märkten nicht beeinträchtigen. Denn ohne Wettbewerbsfähigkeit gibt es keinen nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg. Dieser ist aber die wichtigste Grundlage für neue Arbeitsplätze. So konnte Daimler-Benz in den letzten sechs Jahren 20.000 neue Arbeitsplätze schaffen.“

Aus: „Es geht weiter. Mit ganzer Kraft.“, Werbeanzeige der Daimler-Benz AG zum Ende des Tarifkonflikts in der Metallindustrie 1984, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 03.07.1984; Quelle: Daimler AG.

Aufgaben

(A 7) Welche Gründe für die Unzufriedenheit mit der IG Metall lassen sich in M7 erkennen? Worin bestehen die Vorschläge der UAG? Wie sollte eine Mehrheitsgewerkschaft Deiner Meinung nach auf die Entstehung unabhängiger Gruppen im Betriebsrat reagieren?

(A 8) Wie argumentierte der Vorsitzende der Gewerkschaft IG Metall (M8) am Ende des Streiks? Vergleiche den Text von Hans Mayr (M8) mit der Werbeanzeige der Daimler-Benz AG (M9).

b) Der Kampf um das Kruppstahlwerk in Rheinhausen (1987)

Strukturwandel und Arbeitslosigkeit

Strukturwandel ist ein abstrakter Begriff aus der ökonomischen Theorie, unter dem viele verschiedene Vorgänge in der historischen Realität zusammengefasst werden. Zunächst bezeichnet das Wort die Veränderung in der Zusammensetzung ökonomischer Wertschöpfung nach Wirtschaftssektoren. Üblicherweise wird bei der Messung wirtschaftlicher Aktivität in Kenngrößen wie dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) zwischen drei Sektoren unterschieden. Der primäre Sektor bezeichnet die unmittelbare Gewinnung von Rohstoffen in der Landwirtschaft und im Bergbau, der sekundäre Sektor deren Weiterverarbeitung im produzierenden Gewerbe. Mit dem tertiären Sektor sind schließlich die immateriellen Dienstleistungen gemeint, die zur Wertschöpfung beitragen, wie etwa der Warentransport (Logistik) oder die Verteilung von Gütern durch den Handel. Unter Dienstleistungen werden aber auch die Arbeit im Gesundheitswesen, die staatliche Verwaltung oder die Wartung von Maschinen zusammengefasst.

Strukturwandel bedeutet, dass die Zusammensetzung der Wirtschaftsleistung nach diesen Sektoren sich stets verändert und zwar indem der Anteil des sekundären und tertiären Sektors seit der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts gegenüber demjenigen des primären wächst. Immer mehr Menschen arbeiten in der Industrie und immer weniger in der Landwirtschaft. Ab einem bestimmten Punkt der wirtschaftlichen Entwicklung nimmt auch die Bedeutung des produzierenden Gewerbes gegenüber derjenigen des Dienstleistungssektors wieder ab. Jetzt schließen Fabriken, dafür wachsen Dienstleistungsbranchen wie Handel, Versicherungen oder Logistik. Oft nehmen auch der Umfang und die Bedeutung von staatlicher Verwaltungstätigkeit zu. Diese Vorstellung von Strukturwandel beruht einerseits auf langfristigen empirischen Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung, andererseits ist sie zutiefst vom Ideal eines ökonomischen Fortschritts und anhaltenden Wachstums geprägt. In dem Maße in dem sich die Struktur der Wirtschaft ändert, sollte – idealerweise – das allgemeine Wohlstandsniveau wachsen. Einfache Tätigkeiten ohne Berufsausbildung verschwinden, weil sie zusehends von Maschinen oder im Ausland erledigt werden, während die Bedeutung beruflich qualifizierter und daher gut bezahlter Arbeit zunimmt. Zudem wirkt das ökonomische Modell des Strukturwandels selbst seit mehreren Jahrzehnten auf die konkrete Gestaltung von Politik ein. Für bestimmte Regionen, wie etwa das ländliche Bayern oder

das Ruhrgebiet, ist „Strukturwandel“ daher zu einem Schlagwort für politisches Handeln geworden. In historisch-kritischer Hinsicht ist der Begriff schließlich besonders interessant, weil er sich als relativ bedeutungslos erwiesen hat und deshalb von verschiedenen historischen Akteuren, z. B. Gewerkschaften, Regierungen oder Unternehmen mit ganz verschiedenen Zielvorstellungen verknüpft werden konnte. Trotzdem verweist „Strukturwandel“ immer auf einen realen Sachverhalt, eben die wirtschaftliche Struktur. Die Behandlung von wirtschaftlichem Strukturwandel im Geschichtsunterricht schlägt also eine Brücke zwischen der wirtschaftlichen Realität und deren zeitgenössischer wie historischer Deutung in gesellschaftlichen Konflikten und besitzt daher einen besonderen Wert für einen Unterricht mit Realitätsbezug.

Das Fallbeispiel greift einen hochemotionalen Konflikt im industriellen Strukturwandel des Ruhrgebiets auf, die Proteste gegen die Schließung des Krupp-Stahlwerks in Duisburg-Rheinhausen. Im Winter 1987 kündigten die Führungen der Stahlkonzerne Krupp und Mannesmann an, die Produktion ihrer Stahlwerke in der Stadt Duisburg zusammenzulegen. Das bedeutete: Von zwei Stahlwerken dieser Unternehmen musste eines schließen. Es traf das Krupp-Werk in Rheinhausen. Diese Pläne wurden von den betroffenen Arbeiterinnen und Arbeitern als Verstoß gegen einen zuvor vereinbarten Erhalt des Werks gewertet. Sofort regte sich massiver Protest. Auf einer Betriebsversammlung hielt der Produktionsleiter Helmut Laakmann, im Werk nur „der Boss“ genannt, eine flammende Rede gegen diesen als Verrat empfundenen Schließungsplan (M 7). Schnell kam es zu ungewöhnlich massiven Protestaktionen, z. B. besetzten die Rheinhausener Beschäftigten mehrmals die Duisburger Rheinbrücken. Die Stahlarbeiterinnen und -arbeiter führten eine „stille Besetzung“ ihrer Hütte durch und legten verbotenerweise außerhalb eines Tarifkonflikts die Arbeit nieder. Der Protest richtete sich ebenso gegen die Führung des Unternehmens Krupp wie gegen die Führungsebene der eigenen Gewerkschaft, die IG Metall. Nur langsam und mit Mühe gelang es der Gewerkschaft, wieder die Kontrolle über den Protest zu erlangen, indem sie die Protestaktionen auf das gesamte Ruhrgebiet ausweitete. In Rheinhausen selbst bildete sich unter Führung des Betriebsrats ein breites Bündnis der Stahlarbeiterinnen und -arbeiter mit den Anwohnern des Stadtteils, der lokalen SPD und den beiden Kirchen. Auf der Landes- und Bundesebene äußerten zwar Politiker aller Parteien – außer der FDP – Verständnis für die Proteste der Arbeiterschaft, aber eine Schließung des Werks wurde dennoch als unvermeidlich angesehen. Tatsächlich hätte ein Erhalt des Rheinhausener Werks nicht nur die Krupp Stahl AG, sondern sogar die gesamte deutsche Stahlindustrie negativ beeinflusst und damit noch mehr Arbeitsplätze gefährdet.

Diese Sichtweise war der Belegschaft des Rheinhausener Werks allerdings nicht zu vermitteln. Daher musste schließlich der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, mit seinem politischen Charisma eingreifen, um eine politische Lösung des Konflikts herbeizuführen. Trotzdem wurde zu keinem Zeitpunkt, weder von der Konzernleitung noch von der Landesregierung, erwogen, die polizeiliche Ordnungsmacht des Staates gegen die Rheinhausener Arbeiterschaft einzusetzen. Tatsächlich wurde am Ende die Schließung des Rheinhausener Werks über einen längeren Zeitplan als ursprünglich vorgesehen vereinbart. Kein Beschäftigter wurde direkt entlassen, alle wurden über einen Sozialplan und eine Beschäftigungsgesellschaft aufgefangen. Die Arbeiterinnen und Arbeiter konnten sich zwar nicht durchsetzen, doch stärkte der Kompromiss letzten Endes das westdeutsche Modell des Strukturwandels, in dem Arbeitsplatzabbau und Rationalisierung im Tausch für großzügige soziale Abfederung auch von den Gewerkschaften befürwortet wurden.

Literaturhinweise

- Ambrosius, Gerold (2006): Wirtschaftsstruktur und Strukturwandel. In: Ambrosius, Gerold/Petzina, Dietmar/Plumpe, Werner (Hrsg.): *Moderne Wirtschaftsgeschichte. Eine Einführung für Historiker und Ökonomen*. 2. Auflage. München: Oldenbourg, S. 213–234.
- Goch, Stefan (2008): Die Selbstwahrnehmung des Ruhrgebiets in der Nachkriegszeit. In: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen* 39, S. 21–48.
- Raphael, Lutz (2014): Flexible Anpassungen und prekäre Sicherheiten. Industriearbeit(er) nach dem Boom. In: Reitmayer, Morten/Schlemmer, Thomas (Hrsg.): *Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom*. München: De Gruyter, S. 51–64.
- Schlemmer, Thomas (2009): *Industriemoderne in der Provinz. Die Region Ingolstadt zwischen Neubeginn, Boom und Krise. 1945–1975*. München: Oldenbourg.

M 1–3: Die politische Debatte im Düsseldorfer Landtag. Was heißt „Solidarität“?

Es handelt sich um Abschnitte aus den Eröffnungsreden der drei Fraktionsvorsitzenden von SPD, Reimut Jochimsen, CDU, Christa Thoben und Hagen Tschoeltsch, FDP.

M 1: Dr. Reimut Jochimsen (SPD), Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

„Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit außerordentlicher Betroffenheit hat die Landesregierung von den Überlegungen der drei in Duisburg tätigen Stahlunternehmen über eine Kooperation auf dem Gebiet der Stahlerzeugung an diesem Standort Kenntnis genommen. Rheinhausen droht mit der Konzentration am Standort Duisburg als Standort der Stahlerzeugung ausgelöscht zu werden. [...]“

M 2: Christa Thoben (CDU)

„[...] Wir verstehen die Proteste, Arbeitsniederlegungen, Demonstrationen, die Wut, die Verzweiflung, ja, auch den Zorn der Stahlarbeiter, ihrer Angehörigen und der Mitbürger. (Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der SPD) Wir teilen die Sorge der Betroffenen um ihre Arbeitsplätze und die Zukunft der Region. Allerdings teilen wir nicht, was der Fraktionsvorsitzende der SPD [der Vorredner Jochimsen] als üblichen Schnellschuß der Öffentlichkeit mitteilte: Selbstverständlich sei dafür auch wieder Bonn zuständig. (Beifall bei der CDU – Wendzinski (SPD): Das stimmt doch auch.) [...]“

M 3: Hagen Tschoeltsch (FDP)

„Wie ist denn die Situation in Duisburg? Da gibt es ein Hüttenwerk der Firma Krupp in Rheinhausen mit einer Kapazität, (Zuruf des Abg. Dr. Fahrtmann (SPD) – Weitere Zurufe von der SPD) die nur zu etwa 50 % ausgelastet ist. (Zurufe von der SPD: Lügen! – Quatsch!) Das führt – und das wissen wir alle, die wir uns mit der Materie beschäftigen – zu Verlusten. Sie wollen doch wohl die Verluste nicht abstreiten, die durch mangelnde Auslastung hervorgerufen werden. Dann gibt es ein zweites Hüttenwerk der Firma Mannesmann, ebenfalls mit einer zu hohen Kapazität. Auch dessen Kapazität ist nicht ausgelastet, auch in diesem Werk werden Verluste geschrieben.“

Aus: Landtag Nordrhein-Westfalen, Plenarprotokoll 10/62, 2.12.1987, S. 5420, 5425 f. und 5432.

Aufgabe

(A 1) Beschreibe die unterschiedlichen Positionen der drei Redner: Was sind ihre Argumente? Versuche die Stimmung der Debatte zu charakterisieren, z. B.: sachlich/emotional; aufgeregt/entspannt; bedrohlich/sicher; vertrauensvoll/misstrauisch. An wen wenden sich die Redner?

M 4–5: Die Kirche im Streik – Verbündete oder Vermittler?

Einige Monate vor der Schließung des Krupp-Stahlwerks in Rheinhausen wurde in der Stadt Hattingen im südlichen Ruhrgebiet die „Henrichshütte“ der Firma Thyssen stillgelegt. Die Stahlkonzerne des Ruhrgebiets waren finanziell und personell eng miteinander verbunden. Die Stilllegungen der 1980er Jahre dienten dazu, die Produktionskapazität des gesamten deutschen Stahlsektors zu verringern. Deshalb waren die Stilllegungsbeschlüsse für die einzelnen Werke miteinander verflochten. Die Schließung des Werkes in Hattingen sollte dafür sorgen, dass insgesamt weniger Stahl produziert wurde und die verbliebenen Stahlwerke wie Rheinhausen wieder höhere Absatzchancen hätten.

M 4: Heinz Kriwet über den Strukturwandel

Heinz Kriwet, geboren 1932, war 1987 Vorstandsvorsitzender der Thyssen Stahl AG, am 5. September 1987 hielt er einen Vortrag in der Berger Kirche in Düsseldorf. Die Berger Kirche oder „Bergerkirche“ ist eine evangelische Kirche in der Düsseldorfer Altstadt, die bis heute häufig für öffentliche Diskussionen genutzt wird. Heinz Kriwet ist katholisch.

„Den Strukturwandel in der Industrie, in der Stahlindustrie, aufzuhalten, wäre falsch und würde das Schicksal von noch mehr Arbeitsplätzen aufs Spiel setzen als jetzt in Hattingen verlorengehen. Ja, so lautet meine Antwort, ein Christ darf Hattingen stilllegen. Und ich gehe noch einen Schritt weiter: Es kann Situationen geben, da muß eine solche Maßnahme sogar ergriffen werden, weil sie dem Ganzen dient, im Interesse der Gesamtheit der beschäftigten Menschen liegt und damit auch hohen sittlichen Ansprüchen genügt.“

Aus: Heinz Kriwet (1990): „Darf ein Christ Hattingen stilllegen?“. Vortrag am 5. September 1987 in der Berger Kirche, Düsseldorf, in: Harry W. Jablonowski (Hg.): Betriebsschließungen im Ruhrgebiet. Kirche in Konflikten des Strukturwandels. Teil 1: Analysen und Dokumente, Bochum: Sozialwissenschaftliches Institut der EKD, S. 107–115.

M 5: Fritz Böskens über die Rolle der Kirchen

Fritz Böskens war katholischer Gemeindepfarrer der Gemeinde St. Peter in Rheinhausen. Der ökumenische (d. h. von evangelischer und katholischer Kirche gemeinsam veranstaltete) Gottesdienst im Walzwerk fand kurz vor Weihnachten statt und wurde sowohl von der Rheinhausener Bevölkerung als auch von Politikern aller Parteien besucht. „Die Villa auf dem Hügel“ bezieht sich auf den Firmensitz von Krupp, die sogenannte „Villa Hügel“ in Essen. Böskens spielt auf das Pamphlet „Der Hessische Landbote“ an, in dem der Schriftsteller Georg Büchner im Jahr 1834 die

sozialen Missstände der Frühindustrialisierung mit den Worten: „Friede den Hütten! Krieg den Palästen!“ zusammenfasste.

„Wenn Kirchen in dieser Notsituation hier in Rheinhausen zum Gottesdienst einladen, dann ist das ein eindeutiges Bekenntnis dazu, daß Kirchen nur und ausschließlich auf der Seite der Bedrängten und Schwachen stehen können und dürfen, sonst hätten sie ihre Daseinsberechtigung verloren; denn Kirchen müssen da sein, wo Gott ist. Und der ist garantiert dort, wo die Schwachen sind. Es kann kein kirchliches Verhalten geben, das nirgendwo anecken und nicht eindeutig Stellung nehmen will. So stehen die Kirchen bei den Schwachen, auch und gerade wenn sie mit den Schwachen schwach sind. Kirchen sind auch geduldig, wie die Kruppianer, denn die Villa auf dem Hügel ist erst in Gefahr, wenn die Hütte in der Ebene bedroht ist.“

Aus: Fritz Bösken (1991): Vertrauen und Solidarität sind Längs- und Querbalken des Kreuzes. Predigt beim ökumenischen Gottesdienst im alten Walzwerk von Krupp Rheinhausen am 18.12.1987, in: Harry W. Jablonowski (Hrsg.): Betriebsschließungen im Ruhrgebiet. Kirche in Konflikten des Strukturwandels. Teil 2: Der Fall Rheinhausen, Bochum: Sozialwissenschaftliches Institut der EKD, S. 97–98.

Aufgabe

(A 2) Beide Redner berufen sich auf ihren christlichen Glauben. Was bedeutet es, wenn auch Kirchen und Pfarrer in Arbeitskämpfen Stellung beziehen?

M 6–8: Protest zwischen Betrieb, Gewerkschaft und Öffentlichkeit

M 6: Waltraud Bierwirth zur Lage in Rheinhausen im Juni 1987:

„Was heute von 6.200 geschafft wird, sollen ab 1988 nur noch 4.200 Stahlkocker in Rheinhausen unter Feuer halten. Deshalb sollen im Walzwerk die üblichen 21 Schichten pro Woche auf zehn heruntergefahren werden. [...] ‚Polnische Schichten‘ sagen dazu die sechs Männer im Leitstand des Walzwerkes. [...] ‚Statt bisher sechs Mann sollen dann nur noch vier hier arbeiten‘, sagt Karl-Heinz Vogt, 51 Jahre alt [...] ‚Für die Rente zu jung, für die Umschulung zu alt‘, resigniert er und baut darauf, ‚daß mich die Kollegen im Betriebsrat und die Gewerkschaft nicht im Stich lassen.‘ Damit löst er einen mittleren Tumult im aufgeheizten Leitstand aus, und Herbert Leimkühler [ein Betriebsrat] ist Adressat für langaufgestauten Unmut, Enttäuschung und Zorn.“

Aus: Waltraud Bierwirth (1988): Rheinhausener Protokolle. Zwischen Arbeitsfrieden und Streik. In: Bierwirth, Waltraud/König, Otto (Hrsg.): Schmelzpunkte. Stahl: Krise und Widerstand im Revier. Essen: Klartext, S. 137–161, hier S. 137 f.

Aufgabe

(A 3): Beschreibe die Folgen des „Strukturwandels“ für die Arbeiter im Stahlwerk Rheinhausen. Welche Arbeitnehmer sind besonders betroffen?

M 7: Helmut Laakmann vor der Betriebsversammlung

Helmut Laakmann, geboren 1948, war ein Betriebsleiter im Werk Rheinhausen und weder Mitglied des Betriebsrats noch Funktionär der IG Metall. Durch seine Rede am 30.11.1987 wurde er zum inoffiziellen Anführer der Belegschaft.

„Glück auf, Kollegen, Herr Dr. Cromme.³ Sie haben mit uns Verträge gemacht und diese Verträge auf beschämende Weise gebrochen. Sie haben sich mit dem Betriebsrat an einen Tisch gesetzt und unseren Betriebsratsvorsitzenden Manfred Bruckschen in beschämender Weise hintergangen. Manfred, dir kann ich sagen, daß wir jetzt hinter dir stehen und den Kampf ausweiten werden, bis wir den Sieg in unserer Tasche haben.

Da treibt man die Kruppsche Belegschaft zur Arbeit an wie noch nie. Da wird die Belegschaft auf unerträgliche Weise dezimiert. Und dann kommt der Herr Dr. Cromme, nachdem wir alle im Dreieck gesprungen sind, und knallt uns den Dolch in den Rücken. Aber wir leben noch und werden uns wehren.

Wir leben in einem freien Land; wir leben in einem Rechtsstaat. Es kann doch nicht sein, daß eine kleine Clique, eine kleine Mafia, mit den Menschen in diesem Land macht, was sie will. Wem kann man in diesem Land noch glauben? Welchem Menschen, der in der Öffentlichkeit steht, kann man noch etwas abnehmen? [...]

Herr Bundespräsident Richard von Weizsäcker⁴: Ich habe sie gestern im Fernsehen gehört. Sie haben sich dort zur Hafenstraße⁵ geäußert. Sie haben gesagt, sie schreiben nicht gerne Beileidstelegramme. Jetzt ist ihre Stunde. Jetzt sagen sie das den Menschen in diesem Lande, die ihre Existenz verlieren. Jetzt dürfen Sie mal parteiisch sein. Hier ist nicht die Hafenstraße: wir werden keine Gewalt anwenden. Wir lieben diese Gewalt nicht, Herr Dr. Cromme, die ihnen ja so bekannt ist. Wir werden uns auch nicht verummnen. Es wird eine Zeit geben, wo sie sich verummnen müssen, Herr Dr. Cromme, damit sie keiner erkennt.“

Aus: Helmut Laakmann (1988): „Glück auf, Kollegen, ...“, Rede auf der Betriebsversammlung in Rheinhausen, 30.11.1987, in: Betriebsrat der Krupp Stahl AG, Werk Rheinhausen (Hg.): Rheinhausen muß leben! Erhalt aller Stahlstandorte. Eine Dokumentation der Krupp Stahlarbeiter in Rheinhausen. Duisburg-Rheinhausen 1988, S. 13.

³ Gerhard Cromme, geboren 1943, seit 1986 Vorstandsvorsitzender der Krupp-Stahl AG.

⁴ Richard von Weizsäcker, 1920–2015, war von 1984 bis 1994 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland.

⁵ Die Hafenstraße im Hamburger Stadtteil St. Pauli war in den 1980er Jahren ein Schwerpunkt von Konflikten zwischen Hausbesetzern und Polizei.

Aufgabe

(A 4) Analysiere die Argumentation der Rede: An wen richtet sich die Rede und wogegen erhebt Laakmann Protest? Wo stehen die Rheinhausener Stahlarbeiter seiner Meinung nach in der westdeutschen Gesellschaft der 1980er Jahre?

M 8: Rudolf Judith im Interview

Rudolf Judith, 1925–2000, Maschinenschlosser und Gewerkschaftsfunktionär, 1972–1986 hauptamtliches Mitglied im IG Metall Vorstand, davor seit 1965 Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Thyssen Stahl AG.

„Frage: Welche Auswirkungen hat diese Art Betriebsegoismus auf gewerkschaftliche Kämpfe?

Rudi Judith: Dieser macht jede programmatische Zielsetzung der IG Metall zunichte. – Das ist aber in anderen Industriezweigen nicht anders, ob es in der Automobilindustrie oder sonstwo ist. Überhaupt nicht. Das ist doch ganz normal. Ganz normal vielleicht nicht, aber sagen wir mal logisch. Ein Betriebsrat hat seine Wählerschaft in einem Unternehmen. Er wird alles tun, um für sich erst einmal auf Stimmenfang zu gehen. Er muß einen Bericht geben für sein Unternehmen, was er für seine Belegschaft getan hat. Nicht was er für die Belegschaft von anderen macht. Ich sage mal, der Thyssen-Betriebsrat gibt in einer Belegschafts- oder Betriebsversammlung nicht bekannt, was er für Krupp getan hat, sondern was für Thyssen getan worden ist. Und dem einen sein Tod ist dem anderen sein Brot! Das ist ein alter Grundsatz. Von daher wurde auch jede Schließung eines Unternehmensteils in einem Unternehmen immer von Betriebsräten in einem anderen Unternehmen positiv aufgenommen, weil das die Überlebenschance für den eigenen Bereich mehr sicherte. Von daher ist die Reaktion, wie ich eben sagte, logisch, Solidarität zu predigen und auf Papier niederzuschreiben; in Entschließungen, das sind wir groß. Nur in der Praktizierung nicht.

Frage: Glaubst Du, daß ein standortübergreifender Kampf im Stahl nach dem Fall von Rheinhausen noch möglich ist?

Rudi Judith: Nein, das glaube ich nicht. Das hat alleine mit Rheinhausen nichts zu tun. Die Stahlindustrie wird von der Beschäftigtenzahl der gesehen ein weiter schrumpfender Bereich sein. Einmal durch weitere Rationalisierungen und zweitens durch neue Technologien in diesem Bereich.“

Aus: Waltraud Bierwirth (1988), „Dem einen sein Tod ist dem anderen sein Brot“. Interview mit Rudolf Judith, ehemaliges Vorstandsmitglied der IG Metall, in: Waltraud Bierwirth/Otto König (Hg.): Schmelzpunkte. Stahl: Krise und Widerstand im Revier, Essen: Klartext, S. 40–48, hier S. 45 f.

Aufgabe

(A 5) Wie schätzt Rudolf Judith den Handlungsspielraum der IG Metall im Strukturwandel ein? Was ist mit „Betriebsegoismus“ gemeint? Skizziere mögliche Alternativen, um doch noch ein betriebsübergreifendes Vorgehen zu erreichen.

(A 6) Diskutiere: Inwiefern unterscheiden sich die Perspektiven des Rheinhausener Abteilungsleiters Laakmann (M 7) und des Gewerkschaftsfunktionärs Judith (M 8)? Gäbe es eine Möglichkeit beide Positionen zu vereinbaren?

M 9–11: Krupp-Arbeiter in der Vorstandsetage

M 9: Foto

Abbildung 3: Am 7.12.1987 ‚stürmen‘ Krupp-Arbeiter aus Rheinhausen und anderen Standorten von Krupp-Stahl die Vorstandsetage des Krupp-Stahl Gebäudes in Bochum. Dort sollte zu diesem Zeitpunkt eine Sitzung des Aufsichtsrats und Vorstands der Krupp-Stahl AG stattfinden. Fotograf: Manfred Vollmer.



Aufgabe

(A 7) Beschreibe das Bild. Wie wirken die Menschen auf dem Bild auf Dich?

M 10: IHK-Geschäftsführer Pieper zu den Protesten: „Zügellose Aktionen schaden der Stadt“ (Artikel in der Rheinischen Post)

„Wenn die weiteren Proteste der Stahlarbeiter ‚zügelloos und ohne Maß und ohne Ziel‘ ausfallen sollten, dann sieht der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer, Dr. Theodor Pieper, die Stadt Duisburg insgesamt als Standort für Wirtschaftsunternehmen gefährdet. Unter ausufernden Demonstrationen könne das Image der Stadt derart leiden, daß mögliche Investoren abgeschreckt werden. Diese Feststellung traf Pieper am Montagabend während einer Veranstaltung des CDU-Ortsverbandes Wanheim-Angerhausen. Die derzeitige Entwicklung der Stahlarbeiter-Proteste hält Dr. Theodor Pieper für ‚gefährlich und brisant‘. Selbst eine Gefährdung der politischen Stabilität schließt er nicht aus. Den Protestierenden war er vor, in der vorigen Woche mit ihrer Brückensperrung über das hinausgegangen zu sein, was noch zum Charakter einer Demonstration gehöre.“

Aus: Peter Hardt, „Zügellose Aktionen schaden der Stadt“, Rheinische Post, 9.12.1987.

Aufgabe

(A 8) Unter welchen Umständen kann es zu einer Aktion wie dem „Sturm auf Krupp“ kommen?

M 11: Polizeibericht zum Vorfall am 7. Dezember 1987

Der Polizeioberkommissar, der diesen Bericht verfasste, war selbst Gewerkschaftsfunktionär in der Gewerkschaft der Polizei, GdP.

„Am Samstag, dem 16.01.1988, gegen 13.10 Uhr, baten Anwesende der Mahnwache am TOR 1 der KRUPP-Stahl AG um polizeiliche Unterstützung. Dort verteilten zwei männliche Personen Flugblätter der KPD⁶. Durch den Inhalt – vor allem in Zeile 3: ‚Stahlarbeiter wollen nicht nur Dampf ablassen, sondern richtig zuschlagen.‘ befürchteten sie eine Aufhetzung der Belegschaft. Man sah darin eine Aufforderung zu gewalttätigen Handlungen bzw. Straftaten. Um dies zu verhindern, kündigten dort Anwesende an, daß sie die Verteiler dieser Flugblätter vor dem Tor vertreiben wollten, falls die Polizei nicht einschreite. [...] Die Personen wurden nach Personalienfeststellung und vorheriger Rücksprache mit dem Bereitschaftsbeamten des 14. K-KHK⁷ Kowalski [Name geändert, d. Red.] entlassen. Zur Vermeidung von Eskalationen mit Belegschaftsmitgliedern und den Leuten an der Mahnwache, wurde allen Personen für diese Bereiche ein Platzverweis erteilt.“

Aus: Bericht: Betr. Verteilung von Flugblättern vor den Toren 1 und 2 der KRUPP-Stahl AG in DU-Rheinhausen durch die KPD, Franz Teniers [Name geändert, d. Red.] Polizeioberkommissar Schutzbereich VI West, Duisburg 16.01.1988, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland, BR 2229 Nr. 43.

⁶ Kommunistische Partei Deutschlands, in den 1980er Jahren eine linksradikale Splittergruppe, nicht zu verwechseln mit der wesentlich größeren DKP, der Deutschen Kommunistischen Partei.

⁷ Kriminalhauptkommissar (KHK)

Aufgabe

(A 9) Schildere den Vorfall vom 16. Januar 1988 aufgrund des Polizeiprotokolls. Gegen wen ging die Polizei vor? Welche Gründe könnte es für dieses Vorgehen gegeben haben?

c) Der Hungerstreik von Bischofferode (1993)

Hintergrund: Kampf gegen das Ende des ostdeutschen Kali-Bergbaus

Im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung spitzten sich die gesellschaftliche und wissenschaftliche Debatte über Arbeitslosigkeit erneut zu. Dabei geriet zunehmend die noch existierende bzw. ehemalige DDR als ein Gebiet mit hohen Arbeitslosenzahlen in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Bereits die Einführung der Deutschen Mark als gemeinsame Währung beider deutscher Staaten am 1. Juli 1990 hatte die Arbeitslosigkeit erhöht. Die Produkte der Staatsbetriebe in der DDR waren von heute auf morgen nicht mehr konkurrenzfähig, weil sie im Ausland nun zum vielfach höheren Kurs der D-Mark angeboten werden mussten. Massenentlassungen folgten und bis zum Jahr 2000 wurde angstvoll über ein mögliches Scheitern der Einheit an der ostdeutschen Massenarbeitslosigkeit diskutiert.

Diese „Wiedervereinigungskrise“ lässt sich exemplarisch am Hungerstreik von Bischofferode im Sommer 1993 nachvollziehen. In dem kleinen Ort in Thüringen wurde das wertvolle Kalisalz abgebaut, ein Grundstoff der Düngerherstellung und anderer chemischer Verfahren. Die Bergleute dort, umgangssprachlich „Kalikumpel“ genannt, waren in der DDR eine privilegierte Gruppe von Arbeiterinnen und Arbeitern. Kali bildete einen Ausgangsstoff für die Chemieindustrie der DDR, die östlich von den eigentlichen Bergwerken im Dreieck Leuna-Bitterfeld-Halle angesiedelt war und im Wirtschaftsverbund der Ostblockstaaten eine Schlüsselrolle einnahm. Mit der Wende von 1989 und der Wiedervereinigung von 1990 fielen diejenigen strukturellen Faktoren weg, die bis dahin die Sonderstellung des Kalibergbaus begründet hatten: Abschottung vom Weltmarkt und Grundstoffversorgung der DDR-Industrie. Nun gab es im wiedervereinigten Deutschland mit der westdeutschen Kali und Salz AG (K&S) aus dem benachbarten Hessen eine auf dem Weltmarkt erfolgreiche Privatfirma im Kaligeschäft. Im Rahmen der Restrukturierung der ostdeutschen Wirtschaft wollten alle wichtigen Akteure aus Politik und Wirtschaft eine Fusion zwischen der ostdeutschen Kaliindust-

rie und dem westdeutschen Konzern erreichen. Die Pläne für ein solches Zusammengehen wurden von der Treuhand vorbereitet, der Bundesanstalt für die Verwaltung des ehemaligen DDR-Staatsbesitzes. Den Bergbaubeschäftigten in Thüringen war schnell klar: Die Fusion würde die Schließung der meisten Bergwerke und damit die sichere Arbeitslosigkeit für sie bedeuten.

Ihren Protest nur als Widerstand gegen Schließungen zu verstehen, greift aber zu kurz. Wut und Empörung richteten sich gegen das konkrete Vorgehen der Treuhand und der Bundespolitik, von dem die in der DDR relativ privilegierten Arbeiterinnen und Arbeiter sowie die ansässige Bevölkerung völlig überrumpelt wurden **(M1)**. Während die Proteste gegen Stilllegungen sich von 1990 bis 1993 weitestgehend auf den Süden Thüringens beschränkten **(M2)**, rückten später die weiter nördlich gelegenen Orte um Bischofferode in den Vordergrund. Im Sommer 1993 spitzte sich die Lage zu. Der Treuhand-Ausschuss des Bundestages hatte trotz aller Widerstände für die Fusion gestimmt. Die von westdeutschen Politikerinnen und Politikern immer wieder vorgetragene Behauptung, durch die Reformen in Ostdeutschland solle eine nachhaltige, mittelständische Wirtschaftsstruktur aufgebaut werden, wurde mit der Fusion zu einem riesigen Kali-Konzern ad absurdum geführt **(M3)**.

Da in der DDR keine wirklich freien Gewerkschaften erlaubt waren, hatte sich dort nicht die spezifische westdeutsche Gewerkschaftskultur etablieren können, in der die großen DGB-Gewerkschaften durch die Vertretung der Beschäftigten und die Vereinbarung von Sozialplänen dafür sorgten, dass Umstrukturierungen sozialverträglicher durchgeführt und Schließungen letztlich in der Regel von ihren Mitgliedern akzeptiert wurden. Die westdeutsche Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE) hatte deshalb massive Probleme, bei den thüringischen Kali-Kumpeln überhaupt Gehör zu finden **(M4 und M5)**.

Schließlich eskalierte der Protest zum Hungerstreik der Kali-Kumpel von Bischofferode. Dieses Ereignis dominierte im Sommer 1993 wochenlang die Medien, etwa durch tägliche Berichte der ARD-Tagesschau über die Bergarbeiter und Bergarbeiterinnen, die unter Tage hungerten, um ihren Betrieb zu ‚retten‘. Rückblickend wird aber klar: Die ursprünglich sehr moderaten Forderungen der Kalikumpel nach Sozialplänen und neuen Arbeitsplätzen richteten sich in erster Linie an staatliche Stellen **(M6)**. Erst nachdem der zweijährige Protest keine greifbaren Ergebnisse gebracht hatte, spitzten sich Forderungen und Protestformen zu. Jetzt ging es scheinbar um alles oder nichts. In dem Konflikt um die Schließungen in der ostdeutschen Kaliindustrie werden daher sowohl die langfristigen, systematischen Defizite der DDR-Wirtschaft als auch die Probleme eines radikal marktwirtschaftlichen Lö-

sungsansatzes sichtbar. Die hier zusammengestellten Materialien schließen mit historischen Urteilen über die deutsche Wiedervereinigung in ökonomischer Perspektive ab (**M7, M8 und M9**).

Diese Texte verdeutlichen einerseits, dass der „Systemwechsel“ in Ostdeutschland weitreichende Folgen für einzelne Menschen und für den sozialen Zusammenhalt der gesamtdeutschen Gesellschaft hatte. Andererseits zeigen sie auch, wie historische Urteile über diesen Teil der Vergangenheit vom zeitlichen und politischen Standpunkt der Beobachter abhängen. Die Vertreterinnen und Vertreter der Treuhand sowie der CDU hatten im Jahr 1993 natürlich ein großes Interesse, die wirtschaftliche Wiedervereinigung als Erfolg darzustellen. Ebenso wenig verwundert es, wenn der konservative Sozialhistoriker Gerhard A. Ritter just in dem Moment, als mit der Agenda 2010 ein massiver Sozialabbau durchgesetzt wurde, die marktwirtschaftliche Reform Ostdeutschlands als schmerzhaft, aber unvermeidliche Maßnahme schildert. Die kritische Stimme von Philip Ther ist dagegen als ein Versuch zu lesen, die Vergangenheit vor dem Hintergrund der globalen Finanzkrise von 2008 neu zu interpretieren. Keiner der Erklärungsansätze ist für sich genommen falsch, aber alle sind von den Standpunkten und Interessen der Autoren abhängig.

M 1–6: Der Hungerstreik von Bischofferode

Die Fachzeitschrift *Urbs et Regio*, die von Geographen und Raumplanern an der Gesamthochschule Kassel herausgegeben wurde, veröffentlichte im Jahr 2003 ein Sonderheft zu den Konflikten um die Schließungen im thüringischen Kali-Bergbau, die damals zehn Jahre zurücklagen. In diesem Heft beschrieb der Kasseler Sozialgeograph Oskar Meder den Umstrukturierungsprozess in diesem Industriezweig folgendermaßen:

M1: Oskar Meder zur Umstrukturierung

„Dem Bergbau in einer Region ist immer ein Ende im vorhinein [sic] schon bestimmt, weil die der Erde entrissenen Schätze endlich sind. Solche Prozesse sind überschaubar, so daß rechtzeitig Wandlungsaktivitäten eingeleitet werden können (so im Saarland und im Ruhrgebiet!), schmerzliche Veränderungsprozesse können gedämpft werden durch Bildungs- und Fortbildungsaktivitäten sowie Neuinvestitionen. [...] Von alledem wenig in Thüringen – und wenn, dann spät und unangemessen. Abgebrochene und ausgebremschte Karrieristen aus dem Westen schwappten hinein nach Ostdeutschland und agierten ihre Selbstverwirklichungswut mit für die Menschen im Osten fremder Sprache [aus]. Deren Wertesystem wurde vollends zertrümmert.“

Aus: Oskar Meder, Urbs et Regio 75 (2003), S. 9f

Anfang 1993 kam es in Südthüringen, wo das Kalibergwerk und die Weiterverarbeitungsanlage im Örtchen Merkers geschlossen werden sollten, zu einer großen Protestwelle. Aus diesem Kontext stammt das folgende Flugblatt:

M2: Flugblatt im Werk Merker

„Aufruf zum Solidaritätsmarsch für den Erhalt der Kalistandorte an der Werra an alle Bürger der Landkreise Bad Salzungen, Meiningen und Eisenach, an alle, die den letzten großen Industriestandort in Südthüringen erhalten wollen. Bürger, unterstützt uns durch eure Teilnahme! Kraftfahrer, habt Verständnis für unser Problem und diese Aktion! Nicht allein die Kalikumpel und ihre Familien sind betroffen! Wenn KALI stirbt, stirbt die Region! Dazu darf es nicht kommen.“

Aus: Flugblatt der „Vertretung der Gewerkschaften im Werk Merkers“, o. D. (29.1.1993), zitiert nach Urbs et Regio 75 (2003), S. 94.

M3: Zeitungsartikel zu Bischofferode

„Worbis – Bischofferode/Als ‚skandalös‘ und ‚schwere Niederlage für die innerdeutsche Einheit‘ bezeichnete gestern der Thüringer CDU-Fraktionschef Jörg Schwäblein die Entscheidung des Treuhand-Ausschusses des Bundestages. Die Treuhand würde mit Steuergeldern, die eigentlich für den Aufbau der neuen Länder gedacht seien, einen Westkonzern sanieren, kritisierte Schwäblein. In Bonn habe man sich letztlich für das Monopol und gegen den Mittelstand entschieden. Der Treuhand-Ausschuß hatte sich am Donnerstag für die Fusion zwischen der MDK und K&S ausgesprochen. Das Fusions-Konzept sieht die Schließung von Bischofferode, das der Unternehmer Peine übernehmen wollte, vor. Aus Protest gegen diese Entscheidung traten in Bischofferode inzwischen zwölf Bergleute in den Hungerstreik.“

Aus: Südthüringer Zeitung, 3. Juli 1993, zitiert nach Urbs et Regio 75 (2003), S. 134.

Aufgaben

(A 9): Vergleiche die rückblickende Perspektive des Sozialgeographen Oskar Meder (M1) mit der gewerkschaftlichen Quelle aus dem Jahr 1993 (M2).

(A 10) Beschreibe die unterschiedlichen Positionen zur Frage der Unternehmensfusion im Kalibergbau, die aus dem Artikel der Südthüringer Zeitung (M3) hervorgehen.

Die DGB-Gewerkschaft Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE) veröffentlichte folgendes Flugblatt, als der Hungerstreik bereits drei Wochen andauerte:

M4: Flugblatt der IGBE

„IGBE-extra Industriegewerkschaft Bergbau und Energie. IGBE appelliert an Bergleute in Bischofferode: Hungerstreik jetzt beenden. Er kämpftes nicht gefährden[.] Die IG Bergbau und Energie appelliert an die Bergleute in Bischofferode, ihren Hungerstreik jetzt zu beenden. Ihr Einsatz habe ermöglicht, in Bonn Zusagen zu erhalten, die eine Perspektive für die Zukunft eröffnen. [...] Die IGBE hatte die Fusion der ost- und westdeutschen Kaliunternehmen selbst gefordert, um einen Zusammenbruch des gesamten deutschen Kalibergbaus zu verhindern. Das Fusionskonzept wurde mit den Betriebsräten aller Kaliwerke besprochen und von ihnen mitgetragen. Von Anfang an war klar, daß die schlechte Lage am Weltkalimarkt Schließungen unausweichlich machen würde.“

Aus: Flugblatt IGBE-extra, o. D. [19.-22.7.1993], zitiert nach Urbs et Regio 75 (2003), S. 142.

M5: Ausschnitt aus Ostwind

„Ostwind Bischofferode 22. Juli '93 Zeitung der ostdeutschen Betriebsräteinitiative Dokumentation [...] Erklärung des Betriebsrates des Kaliwerkes Bischofferode [...] Wir bekräftigen unsere Bereitschaft zu Verhandlungen über den Erhalt des Kalistandortes Bischofferode. Unser Werk ist – wirtschaftlich gesund, – hat Lagervorräte für mindestens 47 Jahre, – produziert hervorragendes K60/K61 für Mischdüngemittelhersteller, – hat einen gesicherten Absatz in Nord- und Westeuropa und treue Kunden, – hat für die Region Eichsfeld die Bedeutung eines industriellen Kerns, von dem zahlreiche Arbeitsplätze bei Zulieferern und Handwerkern abhängig sind. [...] **Wir führen Verhandlungen über den Erhalt des Kalistandortes Bischofferode mit dem Bundeskanzleramt, der Landesregierung oder der Treuhandanstalt nur öffentlich vor der gesamten Belegschaft auf dem Werksgelände in Bischofferode.** [...] Wir weigern uns entschieden, für die **egoistischen Profit- und Monopolbestrebungen** des Chemiekonzerns BASF unser traditionsreiches Werk und unsere Arbeitsplätze zu opfern.“

Aus: „Ostwind, Zeitung der ostdeutschen Betriebsräteinitiative“, 22.7.1993, zitiert nach Urbs et Regio 75 (2003), S. 143, Hervorhebung im Original.

Aufgaben

(A 11) Beschreibe Unterschiede und Ähnlichkeiten in den Perspektiven und Argumenten der IGBE (M4) und der „ostdeutschen Betriebsräteinitiative“ (M5).

(A 12) Nenne Gründe dafür, warum ein Strukturwandel nach westdeutschem Vorbild 1993 in Thüringen besonders schwer zu vermitteln war.

(A 13) Historisches Rollenspiel „Betriebsversammlung in Bischofferode“: Drei Schülerinnen und Schüler bilden eine Delegation der IG Bergbau und Energie, drei andere bilden eine Abordnung der ostdeutschen Betriebsräteinitiative. Beide Gruppen sitzen auf einem Podium vor der Klasse. Die Vertreter der IG BE sind dafür, den Streik zu beenden, die Vertreter der Betriebsräteinitiative argumentieren dafür weiterzustreiken.

Die restlichen Schülerinnen und Schüler sind von Schließung bedrohte Kalikumpel, deren Frauen, Kinder, Angehörige. Zu Beginn dürfen drei Schülerinnen und Schüler aus dem „Publikum“ Statements abgeben. Danach dürfen zwei Delegationsmitglieder für ihren Standpunkt werben. Zum Abschluss: Abstimmung per Handzeichen. Die Frage lautet: Weiterstreiken oder Verhandlungsergebnis akzeptieren?

Bemerkung: Dieses Rollenspiel bedarf einer gründlichen Vorbereitung und klaren Anweisungen für die Schülerinnen und Schüler. Inhalt sowie Verlauf sollten abschließend mit den Schülerinnen und Schüler gemeinsam reflektiert werden.

M 6: Demonstration von Kali-Bergarbeiterinnen und Bergarbeitern 1990

Eine Demonstration gegen den Stellenbau in der Kali-Industrie des Südharz in Sondershausen (nördliches Thüringen) am 1. Juli 1990.

Abbildung 4 (links): Bundesarchiv, Bild 183-1990-0721-001, Fotograf: Ralph Hirschberger

Abbildung 5 (rechts): Bundesarchiv, Bild 183-1990-0721-006, Fotograf: Ralph Hirschberger



Aufgabe

(A 14) Beschreibe die beiden Fotos (Abbildung 8 und Abbildung 9). An wen wenden sich die von Arbeitslosigkeit bedrohten Bergarbeiterinnen und Bergarbeiter? Was fordern sie?

M 7–9: Historische Urteile zur Wiedervereinigung

M 7: Historiker Gerhard Ritter zur deutschen Einheit

„Mit der Desillusionierung über die Aussichten auf einen selbsttragenden Wirtschaftsaufschwung im Osten Deutschlands und der nach ersten Vorläufern in der zweiten Jahreshälfte 1991 im Spätsommer und Herbst 1992 voll zum Durchbruch kommenden Rezession auch in den alten Bundesländern geriet die deutsche Wirtschaft in eine schwierige Situation. [...] Dazu kamen die besonderen Belastungen durch die deutsche Einheit. Diese bestanden einmal in einem ungeheuren Transfer ökonomischer Ressourcen vom Westen in den Osten Deutschlands, aber auch in der Herausforderung und Infragestellung des ‚Modells Deutschland‘, [und] der sozialverträglichen Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels durch die korporative Zusammenarbeit von Staat und Sozialpartnern. Das westdeutsche Modell war offenbar für den allmählichen Strukturwandel geeignet, nicht aber für den radikalen Strukturbruch im Osten, in dem die Voraussetzungen einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft, einer sich an der Entwicklung der Produktivität orientierenden autonomen Tarifpolitik der Sozialpartner sowie einer Wachstumsökonomie fehlten.“

Aus: Ritter, Gerhard A. (2006), Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats, München: C. H. Beck, S. 351 f.

M 8: Birgit Beuel⁸ und Hans-Jürgen Allert⁹ zum Strukturwandel

„Nun war der Strukturwandel in den fünf neuen Ländern doppelt schwer geworden: Aufwertungsschock und Westorientierung, zwei Rahmenbedingungen, die selbst jahrzehntelang in Marktwirtschaft erfahrene Unternehmen, jede für sich, überfordert hätten. [...] Alles dies müßte eigentlich zum Zusammenbruch der Wirtschaft führen. Zwei Dinge haben dies bis jetzt verhindert: Eigeninitiative und Solidarität – vielleicht das Kostbarste, was wir in den Jahren nach dem Faschismus und dem großen Krieg in beiden Teilen Deutschlands entwickelt haben. Im Westen konnte nur erfolgreich sein, wer Initiative zeigte; das Gemeinwesen beruhte auf dem Gedanken der Solidarität und des Ausgleichs im Interesse des Gemeinwohls. Im Osten konnte man nur überleben, wenn man Initiative zeigte, in Nischen und auf raffinierte Weise auch im öffentlichen Leben. Bei aller ideologischen Unterschiedlichkeit zwischen der alten Bundesrepublik und der alten DDR dürfen wir dies nicht übersehen. So trennend sich die Staaten im und nach der kalten Phase des Kalten Krieges gegenüberstanden, die Eigeninitiative der Menschen war nicht eingefroren.“

Aus: Beuel, Birgit (Hrsg.) (1993): Treuhand intern. Tagebuch, Frankfurt am M.: Ullstein, S. 15.

⁸ Birgit Breuel war die Präsidentin der Treuhandanstalt.

⁹ Hans-Jürgen Allert war ein führender Mitarbeiter der Treuhandanstalt. Diese Körperschaft öffentlichen Rechts sollte die Volkseigenen Betriebe (VEB) der DDR privatisieren bzw. stilllegen. Sie bestand bis 1995.

M 9: Historiker Philipp Ther zur Wiedervereinigung

„Zunächst erwartete man, dass sich die ehemalige DDR rasch an den reichen Westen angleichen würde. Dieses Ziel legitimierte die milliardenschweren Transferleistungen für die fünf neuen Bundesländer. Nach dem kurzen Einheitsboom, von dem vor allem die westdeutsche Industrie profitierte, zeigten sich die ersten massiven Probleme. Die Treuhand erzielte bei der Privatisierung weit geringere Einnahmen als erwartet, und musste erhebliche Mittel zuschießen, um Käufer für die ostdeutschen Staatsbetriebe zu finden. Die hohe Arbeitslosigkeit in der ehemaligen DDR verursachte enorme Kosten für die Bundesanstalt für Arbeit; die Rentenversicherung war ebenfalls überfordert, weil sie die Altersbezüge für die Rentner im Osten übernehmen und über Frühverrentungsprogramme indirekt die hohe Arbeitslosigkeit mitfinanzieren musste. Auch die Krankenkassen gerieten mangels Beitragszahlern in den neuen Bundesländern in eine Schieflage und mussten laufend Mittel in den Osten überweisen. Noch dazu kostete die Modernisierung der Infrastruktur in der ehemaligen DDR viel Geld. Der ‚Aufbau Ost‘ und die sozialpolitischen Folgen des faktischen ‚Abbaus Ost‘ führten also insgesamt zu hohen Defiziten in den Sozialversicherungen und im Bundeshaushalt.“

Aus: Ther, Philipp (2014): Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin: Suhrkamp, S. 279 f.

Aufgaben

(A 15) Diskutiere, ob Ritter (M7) die historische Lage angemessen deutet.

(A 16) Ordne die Urteile in M8 und M9 ein: Von wann und von wem stammen sie? Diskutiert: War die deutsche Wiedervereinigung in ökonomischer Hinsicht erfolgreich?

2. „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik

Unterschichtung und Prekarisierung mit ethnischem Hintergrund

Die wesentlichen Grundzüge der Zuwanderung von nichtdeutschen Arbeitskräften nach Westdeutschland lassen sich knapp skizzieren: Schon Ende 1955 schloss die von Konrad Adenauer geführte Bundesregierung ein erstes Zuwanderungsabkommen mit Italien ab, in dem geregelt wurde, unter welchen Bedingungen eine deutsche Anwerbekommission in Zusammenarbeit mit der italienischen Arbeitsverwaltung Arbeitskräfte für eine Beschäftigung in Deutschland auswählen und anwerben sollte. Diese Öffnung des westdeutschen Arbeitsmarktes fand damals keineswegs allgemeine Zustimmung, denn zu Beginn der Verhandlungen mit der italienischen Regierung im Jahr zuvor waren in der Bundesrepublik noch über eine Million Arbeitslose registriert. Allerdings zeichnete sich bereits ab, dass in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, im Zuge des mit dem „Wirtschaftswunder“ verbundenen Aufschwungs, ein dauerhafter Arbeitskräftemangel einsetzen würde. Regional und in einzelnen Branchen bestand ein solcher Mangel schon vorher.

Die ersten angeworbenen Italiener sollten vor allem in der südwestdeutschen Landwirtschaft eingesetzt werden, wo niedrige Löhne und ein hoher saisonaler Arbeitskräftebedarf die Beschäftigung von kurzfristig zuwandernden Ausländern ohne besondere Qualifikation besonders sinnvoll erscheinen ließ. Deutsche Arbeitskräfte konnten für diese Art von Arbeit kaum gewonnen werden: Obwohl viele Vertriebene nach 1945 in ländliche Gebiete Westdeutschlands geflohen und von der Arbeitslosigkeit der Jahre 1950 bis 1955 besonders betroffen waren, herrschte eine starke Landflucht und ein Streben nach höher qualifizierter Beschäftigung. Zudem verstärkten die schlechten Arbeitsbedingungen von Landarbeiterinnen und Landarbeitern diesen Prozess. Mit der Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland war allerdings auch klar, dass sich an den schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen so schnell nichts ändern würde. Während Arbeitgeber und Regierung gegenüber solchen Befürchtungen gerade die Kurzfristigkeit der Anwerbung betonten, traten die Gewerkschaften von Anfang an dafür ein, Zuwanderer und Deutsche in rechtlicher und tariflicher Hinsicht gleichzustellen. Zudem stellte sich die Frage des Umgangs mit den meist noch „Fremdarbeiter“ genannten Ausländern – angesichts der vielerorts noch präsenten Erinnerung an die große Zahl der ausländischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter während des Zweiten Weltkriegs erho-

ben sich warnende Stimmen, die forderten, dass man die Zuwanderer jetzt anders behandeln müsse.

Bis 1960 kamen allerdings nur relativ wenige Italiener nach Westdeutschland; noch 1959 lag ihre Zahl bei unter 50.000. Erst in den Jahren danach kippte der westdeutsche Arbeitsmarkt. Die starke Arbeitskräftenachfrage der deutschen Wirtschaft konnte nicht mehr mit Deutschen gedeckt werden, nicht zuletzt auch, weil der Zustrom von aus der DDR geflüchteten Arbeitskräften nach dem Mauerbau 1961 versiegte. Die Bundesregierung reagierte mit weiteren Anwerbeabkommen: 1960 folgten Verträge mit Spanien und Griechenland, 1961 mit der Türkei, 1963 mit Marokko und Südkorea, 1965 mit Tunesien, 1964 mit Portugal und 1968 mit Jugoslawien. Westdeutschland verhielt sich dabei wie die meisten anderen westeuropäischen Industrienationen, die wie etwa die Niederlande, Belgien und die Schweiz in vergleichbarem Umfang Arbeitskräfte aus Südeuropa und der Türkei anwarben; in Großbritannien und Frankreich erhöhte sich die Migration vor allem aus den ehemaligen Kolonialgebieten. In Westdeutschland stieg die Zahl der ausländischen Erwerbstätigen im Zeitraum von 1959 bis 1966 auf über 1,3 Millionen, bevor mit der kurzfristigen Rezession von 1966 bis 1967 ein leichter Rückgang einsetzte. Als die sozialliberale Bundesregierung unter Willy Brandt Ende 1973 in Folge der Ölkrise den sogenannten „Anwerbestopp“ verkündete, waren rund 2,5 Millionen „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik beschäftigt. Den größten Anteil stellten türkische Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, deren Zahl vor allem nach 1968 schnell angestiegen war.

Die Hoffnung, mit dem „Anwerbestopp“ von 1973 auch die sozialen Probleme in den Griff zu bekommen, die mit der Ausländeranwerbung von Anfang an verbunden waren, erfüllten sich nicht. Deutschland wurde spätestens in den siebziger Jahren zum Einwanderungsland, da immer mehr ausländische Beschäftigte dauerhaft in der Bundesrepublik blieben und durch Familiennachzug wie Geburten die Zahl ausländischer Staatsangehöriger nicht etwa zurückging, sondern ab 1980 sogar weiter anstieg. Damit stellten sich Fragen der Integration auf ganz neue Weise: Wohnbedingungen, Beschäftigung und rechtliche Stellung der zugewanderten Menschen mussten dauerhaft geklärt, ihre Eingliederung in die Bevölkerung über Generationen gesichert werden. Im Bereich der Arbeitswelt machten sich insbesondere die Folgen der Anwerbung von geringqualifizierten Arbeitskräften für Branchen bemerkbar, die ab Mitte der siebziger Jahre stark vom Strukturwandel betroffen waren. Ausländische Beschäftigte wurden in der Folge in weit höherem Maße arbeitslos als Deutsche, sie bildeten somit zusehends eine neue Unterschicht unterhalb der deutschen Arbeiterschaft. Besonders betroffen waren oft

ausländische Kinder und Jugendliche der zweiten Generation, die sich insbesondere bei spätem Zuzug im deutschen Schulsystem schwertaten, deshalb und wegen der rechtlichen Vorrangstellung von Deutschen und EU-Bürger/-innen häufig keine berufliche Ausbildung anfangen konnten und somit dauerhaft von der Möglichkeit eines sozialen Aufstiegs ausgeschlossen blieben. Prekäre Beschäftigung und Arbeitslosigkeit wurden so in den achtziger Jahren zu einer gängigen Erfahrung von nicht-deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern; erst langsam zeichneten sich auch Erfolgsgeschichten gelungener ökonomischer und sozialer Integration ab – allerdings häufig durch Selbstständigkeit und nicht durch beruflichen Aufstieg als abhängig Beschäftigte. Nach wie vor allerdings bilden Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im Hinblick auf ihre Arbeit, ihre Wohnsituation, Phasen der Arbeitslosigkeit, den Bildungsabschluss und auch staatliche Sozialleistungen eine gegenüber nicht-zugewanderten Deutschen eine deutlich benachteiligte Gruppe.

Didaktische Überlegungen

Fragen des Zusammenlebens von Deutschen und Ausländern werden in der Schule heute an vielen Stellen thematisiert, allerdings kaum ausreichend in ihrer historischen Dimension beleuchtet. Schulbücher bieten meist statistisches Material; historische Ereignisse, in denen insbesondere die Arbeitswirklichkeit der „Gastarbeiter“ und ihrer Familien bzw. Nachkommen in den Vordergrund rücken, kommen im Geschichtsunterricht hingegen so gut wie gar nicht vor. Mit dem Kölner „Türkenstreik“ von 1973 und der Auseinandersetzung um das 1985 erschienene Buch „Ganz unten“ von Günter Wallraff rücken die beiden Materialsammlungen dieser Mappe ganz bewusst zwei Konflikte in den Mittelpunkt, an denen die wirtschaftliche und soziale Rolle von „Gastarbeitern“ und ihre Wahrnehmung durch die deutsche Bevölkerung im Unterricht thematisiert werden können. In beiden Fällen geht es um die Lebens- und Arbeitsbedingungen insbesondere türkischer Arbeitskräfte in der Bundesrepublik. Die Fälle lassen sich auch in Bezug zum wirtschaftlichen Strukturwandel setzen: Während der „Türkenstreik“ die Rolle einer Gruppe in einem klassischen Großbetrieb thematisiert, ist der „Held“ der Reportagen Günter Wallraffs weit entfernt von einer arbeitsrechtlich geregelten Beschäftigung. Er schlägt sich als Leiharbeiter durch, arbeitet in Dienstleistungsbetrieben und in kurzfristigen „Jobs“. Damit verbindet sich auch die Frage nach schrumpfenden Handlungsmöglichkeiten im Konfliktfall in wirtschaftlichen Krisenzeiten und den Spielräumen verschiedener Ak-

teure zur Verbesserung der Lage von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Beide Unterrichtsvorschläge bieten eine problemorientierte Verknüpfung von klassischen und neuen Fragen der Arbeitnehmergeschichte: Industrielle Monotonie, Entfremdung und Arbeitsdruck am Band in den Ford-Werken und die harte Unterdrückung, Entrechtung sowie Ausbeutung eines irregulär Beschäftigten in „Ganz unten“ überschneiden sich mit aktuellen Fragen der Zuwanderungsgesellschaft. Daran zeigt sich auch die Aktualität der siebziger und achtziger Jahre: In welcher Weise wurde die westdeutsche Gesellschaft durch die millionenfache Beschäftigung von „Gastarbeitern“ verändert? Welche Folgen ergeben sich aus dieser Entwicklung für das Selbstbild des Einwanderungslandes Deutschland? Inwiefern bestehen Möglichkeiten, für Menschen, die sich – aufgrund ethnischer Diskriminierung oder prekärer Arbeitsverhältnisse oder beidem – „ganz unten“ befinden, ihre soziale Lage zu verändern?

Literaturhinweise

- Bade, Klaus J. (2000): Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. München: C. H. Beck.
- Berlinghoff, Marcel (2013): Das Ende der „Gastarbeit“. Europäische Anwerbestopps 1970 –1974. Paderborn: Ferdinand Schöningh.
- Berlinghoff, Marcel (2015): Zwischen Einwanderung und Zwangsrotation. Europäische Migrationspolitik zum Ende des ‚Booms‘ (1972 – 1975), www.europa.clio-online.de/essay/id/artikel-3791 (Abruf am 27.1.2018).
- Herbert, Ulrich (2001): Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Flüchtlinge. München: C. H. Beck.
- Oltmer, Jochen/Kreienbring, Axel/Sanz Diaz, Carlos (Hrsg.) (2012): Das „Gastarbeiter“-System. Arbeitsmigration und ihre Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa. München: Oldenbourg.

a) Ford-Streik in Köln 1973

Hintergrund: Wilde Türken gegen Deutsche?

Türkische Metallarbeiter, die ihre Arbeit niederlegen und ohne Gewerkschaft streiken? Das war neu in der Bundesrepublik und machte die westdeutsche Öffentlichkeit 1973 auf dramatische Weise auf Probleme von Migranten und Migrantinnen in deutschen Industriebetrieben aufmerksam. Welche Rechte hatten „Gastarbeiter“, welchen Erwartungen mussten sie entsprechen? Wie wurden ihre Leistung und ihr Auftreten von deutschen Kolleginnen und Kollegen wahrgenommen, wie in der öffentlichen Diskussion dargestellt?

Neben solchen Fragen, die auf das Verhältnis zwischen Zuwanderern und Einheimischen zielen, berührte der „wilde Streik“ bei Ford im Spätsommer 1973 noch weitere Dimensionen, die für ein Verständnis der „Arbeit nach dem Boom“ zentral sind: Den Wandel der Industriearbeit durch fortschreitende Automatisierung, die Rolle von Gewerkschaften in Betrieb und Gesellschaft und die Frage, unter welchen Umständen ein Streik legitim ist und wann nicht. Aufgrund der Anfang der siebziger Jahre stark gestiegenen Preise forderten 1973 zahlreiche Belegschaften in Industriebetrieben außertarifliche Lohnzulagen und Lohnerhöhungen. Es gab etwa 200 größere und kleinere „wilde Streiks“. In dieser Welle spiegelte sich auch die veränderte Wahrnehmung von Demonstrationen und politischem Ungehorsam, die sich als Folge der Studentenproteste von 1968 ergab. Der Streik im Kölner Fordwerk gehört in diesen Kontext, hatte aber aufgrund der Konfrontation zwischen deutschen und türkischen Arbeitern einen besonderen Charakter.

Konkret handelte es sich beim sogenannten „Türken-Streik“ um eine Arbeitsniederlegung von türkischen Beschäftigten in der Kölner Autofabrik des amerikanischen Ford-Konzerns. In Köln-Niehl waren zu diesem Zeitpunkt rund 32.000 Menschen in der Autoherstellung beschäftigt. Der Anteil nicht-deutscher Arbeitnehmer lag bei knapp über 50 Prozent. Etwa 12.000 Beschäftigte stammten aus der Türkei. Am Freitag, 24. August 1973, legten viele von ihnen spontan die Arbeit nieder, nachdem bekannt geworden war, dass etwa 300 türkischen Mitarbeitern gekündigt werden sollte, weil sie zu spät aus dem Urlaub zurückgekehrt waren (Der für die meisten von ihnen die einzige Möglichkeit bot, einmal im Jahr in ihr Heimatland zu ihren Familien zurückzukehren. Wobei die Reise im Auto mehrere Tage in Anspruch nahm.). In den nächsten Tagen beteiligten sich bis zu 10.000 Fordarbeiter an dem Streik; einige Hundert hielten das Werk auch nachts besetzt. Wiederholt kam es während der Streiktage zu Ausschreitungen zwischen deutschen und türki-

schen Arbeitern. Der Streik endete nach einer gewaltsamen Eskalation am 30. August 1973: Streikende Türken sahen sich einer Gegendemonstration gegenüber, die mit Parolen wie „Wir wollen arbeiten“ ein Ende des Streiks forderten. Es folgte eine Massenschlägerei. Schließlich räumte die Polizei das besetzte Werk.

Im Unterricht können anhand der Materialien verschiedene Aspekte des Streiks untersucht werden. **M1 (Überschriften)** und **M2 (Karikatur)** eignen sich für den Unterrichtseinstieg und erlauben eine Thematisierung des Verhältnisses von türkischen und deutschen Arbeitnehmern bei Ford. Die Schülerinnen und Schüler sollen vor allem Fragen stellen, die anhand der folgenden Materialien beantwortet werden können. Anhand von **M3 (Zeit-Artikel)** lassen sich die Ziele der verschiedenen Streikparteien, die langfristigen Hintergründe der Auseinandersetzung in Köln und der Verlauf des Streiks erarbeiten. **M4 (Fotos: Arbeitstakt)** und **M5–M9 (Texte über Salih Güldiken)** erlauben eine Personalisierung des Streiks: Am Beispiel eines Arbeiters werden Arbeits- und Lebensbedingungen von türkischen „Gastarbeitern“ am Beginn der 1970er Jahre, aber auch Aufstiegschancen und langfristige Perspektiven deutlich.

Literaturhinweise

- Birke, Peter (2006): Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark. Frankfurt, New York: Campus-Verlag, bes. S. 296–305.
- Hunn, Karin (2005): „Nächstes Jahr kehren wir zurück...“ Die Geschichte der türkischen „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik. Göttingen: Wallstein Verlag, bes. 237–261.
- Huwer, Jörg (2007): „Gastarbeiter“ im Streik. Die Spontane Arbeitsniederlegung bei Ford Köln im August 1973. In: Geschichte im Westen 22, S. 223–249.
- Huwer, Jörg (2013): Gastarbeiter im Streik. Die Arbeitsniederlegung bei Ford Köln im August 1973. Köln: Ed. Dormid.

M1: Presseüberschriften zum Kölner Streik:

Abendpost/Nachtausgabe (Frankfurt), 30.08.1973

„Türkenterror bei Ford“

Frankfurter Allgemeine Rundschau, 30.08.1973

„Teilergebnis bei Ford – Tumulte radikaler Gruppen“

BILD, 30.08.1973

„Kommentar – Das sind keine Gäste mehr“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.08.1973

„Janitscharenkriege am ‚Fußgänger-Tor‘: Das türkische Intermezzo bei Ford ist zu Ende“

BILD, 31.08.1973

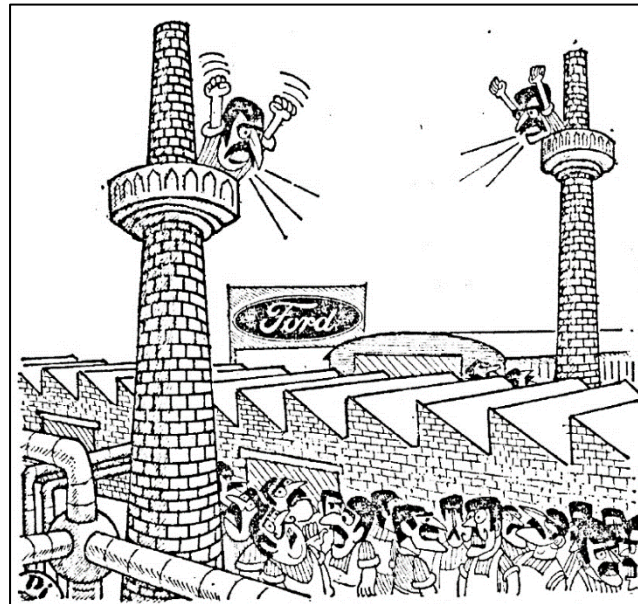
„Deutsche Arbeiter kämpfen ihre Fabrik frei“

Die Zeit, 07.09.1973

„Die Türken probten den Aufstand“

M2: Karikatur zum Kölner Streick

Abbildung 6 :Karikatur von Klaus Pielert (Handelsblatt, 31.08.1973, S. 2):



„Nix Ramadan, wir Remmidemmi“

Aufgabe

(A 1) Beschreibe die Eindrücke, die sich aus den Überschriften und der Karikatur gewinnen lassen. Überlege, aus welchen Gründen sich der Streik ereignet haben könnte.

M3: Auszug aus Friedrich K. Kurylo: „Die Türken probten den Aufstand. Hintergründe des wilden Streiks bei Ford“ (aus: Die Zeit (37) 1973, S. 2)

„[...] Der wilde Streik der Türken begann, nachdem die Betriebsleitung 300 ihrer Landsleute gekündigt hatte, weil sie verspätet aus dem Urlaub zurückgekehrt waren.

Doch diese Kündigung war nur der letzte Auslöser. Der Unmut hatte sich lange vorher angestaut. Die zornigen Männer, die tagelang die Produktion blockierten, fühlten sich auch noch von anderen Mißständen provoziert. Sie prangerten die Arbeitsbedingungen an, forderten bessere Bezahlung und beklagten die Diskriminierung durch ihre deutschen Kollegen. [...]

Die Ausländer, vornehmlich Türken, wohnen hauptsächlich in Altbauten aus der Gründerzeit zwischen Ringstraße und Eisenbahnring rund um die Innenstadt. Die meisten Deutschen sind längst aus den Häusern gezogen, an deren Mauern sich Tag und Nacht die Wellen des Verkehrslärms brechen. Die sanitären Anlagen der Mietshäuser sind meist völlig unzureichend; in die Hinterhöfe dringt nur selten ein Sonnenstrahl.

Der Arbeitsplatz der Türken erscheint auf den ersten Blick viel einladender, aber auch dort spüren sie die soziale Deklassierung. Zwar versichern die Gewerkschafter bei Ford: „Sie arbeiten zum selben Tarif wie wir, sie erhalten den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit.“ Aber in Wirklichkeit sind die 12 000 Türken eine große, benachteiligte Minderheit unter der Gesamtbelegschaft von 32 000 Mann. Die Sprachbarriere verbaut ihnen den Weg zu besseren Löhnen: Türken verrichten in der Regel monotone, schmutzige oder unbequeme Arbeiten wie das Anziehen von Schrauben an schwer zugänglichen Stellen – bei denen eine Verständigung mit dem Nebenmann nicht erforderlich ist. [...]

Die Kündigung der 300 Türken hat dann die schwelende Unruhe in offene Rebellion verwandelt. Für viele von ihnen ist der Urlaub ja nicht, wie für ihre deutschen Kollegen, eine Pause der Erholung. Sie haben oft tagelange Reisewege in ihre abgelegenen Heimatdörfer, müssen in ihrem Jahresurlaub, zu Hause vielfach Pachtverpflichtungen abarbeiten und gelegentlich schwierige familiäre Probleme wie Erbaueinandersetzungen regeln. Dafür haben weder die Betriebsleitung noch die deutschen Kollegen Verständnis. „Da sind doch viele“, so meinte ein deutscher Arbeiter, „die überziehen jedes Mal ihren Urlaub so lange, bis ihnen das Geld ausgegangen ist und sie nichts mehr zu essen haben.“ [...] Die Streikforderungen, Teuerungszulage und ein dreizehnter Monatslohn – lauter alte Wünsche des Betriebsrats – führten zunächst zu einer Solidarisierung vieler deutscher Arbeiter mit den Türken. Doch die Solidarität wurde schnell überlagert von Unverständnis, Angst – und schließlich verdrängt von Feindseligkeit und Haß.

Dieser Streik war nicht der Streik der Deutschen. Sie machten ihrem Unmut über die ausländischen Störenfriede Luft. „Die sollte man alle wegjagen“ – das waren noch die harmlosesten Kommentare, mit denen die türkische Aufmüpfigkeit bedacht wurde. In einer Gegendemonstration mit anschließender Massengeißelung schlugen die deutschen Arbeitnehmer den Streik der Ausländer schließlich nieder. [...]

Der Streikerfolg – 280 Mark Teuerungszulage – kommt freilich auch den Deutschen zugute. Den Türken wurde darüber hinaus nur die Rücknahme einiger Entlassungen versprochen. Die Geschäftsleitung und die IG Metall in Köln, die eine Empfehlung an die Gesamtgewerkschaft richtete, haben mittlerweile zu erkennen gegeben, daß sie grundsätzliche Lehren aus dem Streik ziehen und ihre Gastarbeiterpolitik überprüfen wollen. Es ist höchste Zeit dafür.“

Aufgabe

(A 2) Fasse zusammen, welche Gründe für den Streik der Autor nennt. Beschreibe die Reaktion der verschiedenen Streikparteien (Streikende, Betriebsrat/Gewerkschaft, Unternehmensleitung). Nenne die Ergebnisse des Streiks.

M4: Bilderserie: Arbeitstakt bei Ford

Abbildung 7: Bildserie zum Arbeitstakt bei Ford

0 bis 0,20 Minuten:
Rad fassen



0,20 bis 0,40 Minuten:
Rad schleppen



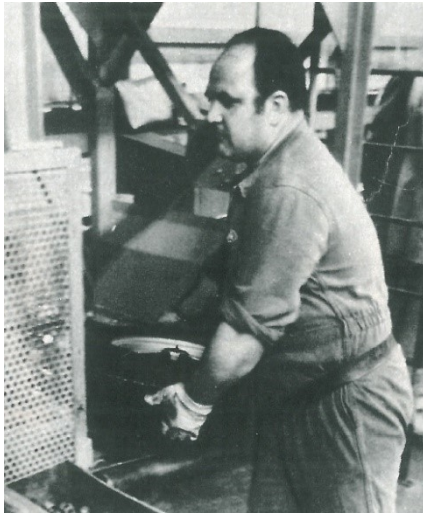
0,40 bis 0,60 Minuten:
Rad einpassen



0,60 bis 0,83 Minuten:
Muttern aufdrehen



Nach 0,83 Minuten beginnt ein neuer Takt



*Alle Bilder aus: Der Spiegel (37) 1973, S. 32 f.
Fotos: Norbert Nordmann*

Aufgabe

(A 3) Beschreibe den Arbeitstag von Fließbandbeschäftigten. Berechne die Zahl der Autoreifen, die in einer achtstündigen Schicht montiert werden.

M 5–7: Salih Güldiken über den Wilden Streik

Aus: Dorte Huneke (2011): Salih Güldiken: ‚Das mit dem großen Streik war nicht meine Idee. In: Jeanette Goddar und Dorte Huneke (Hrsg.): Auf Zeit. Für immer. Zuwanderer aus der Türkei erinnern sich. Bonn: Kiepenheuer und Witsch, S. 103–116.

Nachdem im August 1973 etwa 300 türkischen Ford-Mitarbeitern fristlos gekündigt werden sollte, kam es zu jener Betriebsniederlegung, die heute als „Wilder Streik“ bei Ford bekannt ist. Arbeitgeber warfen den Beschäftigten vor, wiederholt zu spät aus dem Urlaub zurückgekehrt zu sein. Dahingegen fühlten sich die türkischen Beschäftigten nicht nur von den Kündigungen provoziert, sondern auch von den generellen Wohn- und Arbeitsbedingungen. Vor allem der Wunsch nach besseren Arbeits- und Wohnverhältnissen, die Gleichstellung mit deutschen Arbeitern, mehr Lohn und eine Reduzierung der Fließbandgeschwindigkeit einte die türkische Arbeiterschaft.

Salih Güldiken (geb. 1937) kam 1962 nach Köln. Sein Ziel war es, so lange in Deutschland zu bleiben, bis er sich ein Auto in der Türkei kaufen konnte. Heute lebt er nach vielen Jahrzehnten, die er als Fließbandarbeiter, Dolmetscher und als Betriebs- und Aufsichtsrat bei Ford verbracht hat, noch immer in Köln.

M5: Die Arbeit am Fließband

Über die harte Arbeit am Fließband berichtet Salih Güldiken:

„Die Arbeit am Band ist nicht kompliziert, aber anstrengend. Du darfst keine Pausen machen, das Band läuft einfach immer weiter. Es ist sehr schwer, so zu arbeiten. Man muss sich daran gewöhnen. Ich war der erste Mann am Band und musste die Kabel im Motorraum anbringen. Hätte ich einen Fehler gemacht, wäre es übel gewesen, es hätte mich erwischt. Das Band läuft weiter, ein Kollege macht den nächsten Schritt. Aber er kann nur arbeiten, wenn ich meine Sache schon gemacht habe.“

M6: Das neue Zuhause

Ford unterhielt in den siebziger Jahren 30 Wohnheime in der Region Köln, in denen die türkischen Arbeiternehmer weitgehend unter sich blieben. Güldiken erzählt:

„Morgens mussten wir um vier Uhr aufstehen. Duschen, rasieren, anziehen. Der Bus wartete draußen. Um sechs Uhr ging die Arbeit los. Ich habe das nicht gut ertragen. Wir schliefen in Etagenbetten. Die anderen in meinem Zimmer haben oft in anderen Schichten gearbeitet. Sie kamen also nach Hause, wenn ich gerade schlief. Ich konnte überhaupt nicht mehr ruhig schlafen.“

M7: Sehnsucht nach der Heimat

Als Güldiken 1962 die Türkei verlassen hat, war er nicht verheiratet, wurde aber von der Sehnsucht nach der Heimat geplagt:

„Wer zu Hause eine Familie hatte, für den war es besonders schwer. Ich habe Leute gekannt, die Tag und Nacht geweint haben, so großes Heimweh hatten sie. Viele sind nach ein paar Wochen wieder nach Hause gefahren, sie haben es nicht ausgehalten. Sie waren ja zum ersten Mal in einem fremden Land, konnten kein Wort Deutsch. Sie konnten beim Einkaufen nicht erklären, was sie wollten. Das hatten sie sich vorher nicht vorgestellt. Sie haben also zwei, drei Wochen oder zwei, drei Monate gearbeitet, geweint und sind wieder in die Türkei gegangen. Ford hat diesen Kollegen die Heimreise bezahlt. Das war kein Problem. Vielleicht konnten sie die Männer verstehen.“

Aufgaben

(A 4) Vergleiche die Lebensbedingungen türkischer Fordarbeiter mit denen ihrer deutschen Kollegen.

(A 5) Salih Güldiken lebt auch heute noch in Köln. Ist sein Leben ein typisches „Gastarbeiter“-Schicksal?

(A 6) Die BILD-Zeitung schreibt Ende August 1973 zum Ford-Streik: „Gastarbeiter, dieses Wort kommt von Gast. Ein Gast, der sich nicht be-

trägt, gehört vor die Tür gesetzt!“ Hältst du die Kündigungen für gerechtfertigt? Könnte sich ein „Türken-Streik“ auch heute noch ereignen?

b) Ganz unten?

Hintergrund: Ein Buch über die Arbeitsbedingungen türkischer Migranten

1983 schlüpfte der Journalist Günter Wallraff (geb. 1942) in die Rolle des Türken Ali und arbeitet als „Gastarbeiter“ verkleidet über zwei Jahre lang unter teils menschenunwürdigen Bedingungen bei verschiedenen deutschen Unternehmen. Über Zeitungsanzeigen sucht er Beschäftigung und gibt vor, jede Arbeit zu akzeptieren. Im Oktober 1985 veröffentlicht er „Ganz unten“ – ein Enthüllungsreport, der zeigt, wie „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik behandelt werden: schwerste Arbeit mit geringem Stundenlohn, der manchmal nur teilweise oder gar nicht ausbezahlt wird, bis zu 16-stündige Schichtarbeit, mangelnde Sicherheitsvorkehrungen, kaum oder keine Schutzkleidung, keine Kranken- oder Sozialversicherung und nicht zuletzt Schikane durch deutsche Kollegen. Diese Zustände findet Wallraff nicht nur bei Kleinunternehmen vor – so deckt er beispielsweise bei der US-amerikanischen Imbisskette McDonalds grobe Hygienemängel auf, arbeitet als Leiharbeiter beim Stahlkonzern Thyssen in Duisburg, bei dem er sich wie ein Zwangsarbeiter behandelt fühlt, und zeigt, wie türkische Beschäftigte in deutschen Atomkraftwerken nicht ausreichend vor gesundheitsgefährdender Strahlung geschützt werden. Auch abseits der Arbeitswelt berichtet Wallraff von schlechterer Behandlung aufgrund seiner südländischen Verkleidung bis hin zu rassistischen Äußerungen, die an die nationalsozialistische Rassenlehre erinnern.

Das Buch erregte riesiges Aufsehen: Schon in den ersten 6 Wochen wurden über 1,6 Millionen Exemplare verkauft – es gilt bis heute als das erfolgreichste Sachbuch in Deutschland. Wallraffs Enthüllungen führten zu einem Umdenken gegenüber Gast- und Leiharbeitern in Deutschland. Die Gesetzgebung und Sicherheitsbestimmungen wurden verschärft, regelmäßige Kontrollen eingeführt; generell verbesserten sich die Arbeitsbedingungen für ausländische Beschäftigte. Auch einzelne Unternehmen reagierten, bei Thyssen wurden z. B. die als „unmenschlich“ kritisierten 16-Stunden-Schichten abgeschafft, viele Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter bekamen nun Festanstellungen. Zwar folgte auf „Ganz unten“ eine Reihe von Unterlassungsklagen der angeprangerten Unternehmen, diese konnte Wallraff aber zum Großteil für sich entscheiden.

Einzig in den USA gelang es McDonalds, eine Veröffentlichung des Buchs zu verhindern.

Die Beschäftigung mit „Ganz unten“ eignet sich, um in einem Kurzprojekt verschiedene Aspekte der Rolle von „Gastarbeitern“ in der Bundesrepublik zu untersuchen. Mit Hilfe Über die Analyse von *M1 (Spiegel-Artikel)* können sich Schülerinnen und Schüler über das Buch und die Methoden Günter Wallraffs informieren. *M2 (Auszug aus „Ganz unten“)* gibt einen Eindruck vom Buch selbst und schildert zugleich anschaulich konkrete Arbeitserfahrungen von ausländischen Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern in der Bundesrepublik gegen Mitte der achtziger Jahre. *M3 (Auszug aus einer Radiosendung von 2010)* leitet über zur Beschäftigung mit der Wirkung und dem Nachhall des Buchs. Die Schülerinnen und Schüler können ausgehend von der Radio-Befragung eigenständig Zeitzeugen-Umfragen machen und z. B. ihre Eltern nach Günter Wallraff oder ihrer Wahrnehmung von „Ganz unten“ befragen. Besonders spannend wird ein solches Projekt, wenn sich die Gelegenheit ergibt, Menschen mit Migrationshintergrund nach ihrer Wahrnehmung des Buches zu fragen: Gibt es auch bei ihnen eine Erinnerung an das Buch? Fühlen sie sich im Rückblick richtig dargestellt oder vielleicht zu Unrecht in eine Opferrolle gedrängt? Darauf aufbauend lässt sich auch die Rolle von Enthüllungsjournalismus in der heutigen Öffentlichkeit, etwa in Fernsehdokumentationen, thematisieren. Inwiefern ist es zulässig, „undercover“ zu recherchieren? Welche Wirkung haben entsprechende Beiträge?

Literaturhinweise

- Berger, Frank (1988): Thyssen gegen Wallraff. Oder: Bericht über den Versuch, einen Autor durch Prozesse und Rufmord zum Schweigen zu bringen. Göttingen: Gerhard Steidl Verlag.
- Wallraff, Günter (2004): Ganz unten. Mit einer Dokumentation der Folgen. 17. Auflage. Köln: Kniepenheuer & Witsch.
- Wünsch, Silke (2010): Günter Wallraff – 25 Jahre „Ganz unten“. In: Deutsche, 22.10.2010, <http://p.dw.com/p/PkpC> (Abruf am 28.01.2018).

M 1: Der SPIEGEL 1985 über „Ganz unten“: „Dat is allet vollkommen lejal“ (aus: SPIEGEL 43/1985, S. 56–83)

„[...] Der Türke Ali Levent Sinirlioglu ist die Hauptperson in Günter Wallraffs neuem Buch „Ganz unten“. Und wie immer in Wallraffs Werken, ist der Akteur nicht der, für den er sich ausgibt. Ali ist Wallraff. Rund zweieinhalb Jahre lang hat Wallraff, 43, getarnt mit schwarzer Perücke und gefärbtem Schnurrbart, dunklen Kontaktlinsen und gebrochenem Deutsch, als Fremder im eigenen Land gelebt. Ans Licht geholt hat Wallraff die Welt von Ausländern, die in der Illegalität leben und arbeiten. Der Under-Cover-Autor ist eingedrungen in eine kriminelle Szene von Menschenhändlern, die an der Notlage der Fremden verdienen – Geschäftemacher, die den Fiskus um Steuern, Krankenkasse und Sozialversicherung um Beiträge und Arbeiter um ihren Lohn prellen.

[...] Noch im selben Monat gibt Wallraff in Tageszeitungen eine Anzeige auf: *„Ausländer, kräftig, sucht Arbeit, egal was, auch Schwerst- und Drecksarbeit, auch für wenig Geld.“* Die eingehenden Angebote führen Ali quer durch die Bundesrepublik und mitten hinein ins Türken-Leben. Er schaufelt Fischmehl in einer Husumer Fischfabrik und wechselt die Stühle in Wuppertaler Kinos aus. Auf einem Bauernhof bei Grohnde, wo er gegen Verpflegung, Unterkunft und ein zugesagtes, aber nicht bezahltes Taschengeld, Brennesseln entfernt und Entwässerungsgraben entschlammt, fühlt er sich „wie ein Nutztier gehalten.“ Im Dorf darf er sich nicht blicken lassen, auf dem Hof muss er nachts in einer Baustelle unterkriechen. Niemand sollte das Anwesen einen „Türkenhof“ schimpfen können.

[...] Härter wird das Türken-Dasein für Wallraff, als er sich auf ein Inserat bei der „Düsseldorfer Gesellschaft für Bauausführungen und Industriemontage (GBI)“ meldet, die Arbeiter weiterverleiht. „Diese Firma meldet ihre Arbeitnehmer ordnungsgemäß an“, versichert ein Schild an den Geschäftsräumen der GBI. Doch niemand fragt Ali nach den Papieren, nicht mal sein Name interessiert. [...] Alle, die mit Ali nach Köln fahren, werden von der GBI an die „Walter Thosti Boswau (WTB)“ ausgeliehen, eines der größten Bauunternehmen der Bundesrepublik. Sie alle arbeiten, wie Wallraff schreibt, schwarz und sind nicht krankenversichert: Insgesamt verleihe der Düsseldorfer Unternehmer Alfred Keitel, dem die GBI gehört, „ein paar Hundert Leute“, von denen „höchstens die Hälfte angemeldet ist.“ Freitags warteten die Schwarzarbeiter nach Feierabend stundenlang auf ihren Wochenlohn, weil das Geld erst von außerhalb herbeigeschafft werden musste. Denn das GBI-Konto laufe „über irgendeinen Privatmann“, sagt ein Arbeiter, die Firmenfinanzen blieben im Dunkeln. Eine schriftliche Lohnabrechnung gebe es nicht, selbst Zettel, auf denen der Polier die Arbeitszeiten notiere, würden gleich nach der Auszahlung wieder eingesammelt.

[...] Auf der Kölner Baustelle lernt Ali erst mal jene Stimmung kennen, die am dreckigen Ende des Arbeitsmarktes das Verhältnis zwischen deutschen und türkischen Kollegen prägt. Da wird ein 50jähriger Türke von einem deutschen Arbeitsanweiser bedroht: „Wenn du nicht schneller arbeiten kannst, lasse ich dich beim nächsten Mal zusammen mit dem Bauschutt abtransportieren.“[...]

Aufgabe

(A 1) Informiere dich über die Entstehungsgeschichte von „Ganz unten“. Beschreibe die Methoden, mit denen Günter Wallraff seine Informationen gewinnt.

M 2: Auszüge aus Günter Wallraffs „Ganz unten“

Als Leiharbeiter des Subunternehmens Adler arbeitet Ali in einer Reinigungskolonie in einem Hüttenwerk des Thyssen-Konzerns in Duisburg. Eine seiner ersten Aufgaben besteht darin, eine Koksmühle zu reinigen.

„Du bekommst ein Preßluftgebläse in die Hand gedrückt und mußt die fingerdick liegenden Staubschichten auf den Maschinen und in den Ritzen dazwischen aufwirbeln. Im Nu entsteht eine solide Staubkonzentration, daß du die Hand nicht mehr vor den Augen siehst. Du atmest den Staub nicht nur ein, du schluckst und frißt ihn. Es würgt dich. Jeder Atemzug ist eine Qual. Du versuchst zwischendurch die Luft anzuhalten, aber es gibt kein Entfliehen, weil du die Arbeit machen mußt. Der Vorarbeiter steht wie der Aufseher eines Sträflingskommandos am Treppenabsatz, wo ein wenig Frischluft reinzieht. Er sagt: ‚Beeilung! Dann seid ihr in zwei, drei Stunden fertig und dürft wieder an die frische Luft.‘

Drei Stunden, das bedeutet über dreitausendmal Luft holen, das bedeutet die Lunge vollpumpen mit dem Koksstaub. Es riecht zudem nach Koksgas, man wird leicht benommen. Als ich nach Atemschutzmasken frage, klärt Mehmet mich auf: ‚Bekommen wir keine, weil Arbeit dann nicht so schnell und Chef sagt, haben kein Geld dafür.‘ [...]

Während wir, in Staubschwaden stehend, den Staub vom Boden in die Plastiksäcke schaufeln, stürzen Thyssenmonteure, die einige Meter unter uns arbeiten, an uns vorbei und laufen die Treppe hoch ins Freie. ‚Ihr seid bekloppt, in so'nem Dreck kann man doch nicht arbeiten!‘ ruft uns einer im Vorbeilaufen zu. Und eine halbe Stunde später beehrt uns ein Sicherheitsbeauftragter der Thyssenhütte mit seinem Besuch. Im Vorbeihasten und während er sich die Nase zuhält, teilt er uns mit: ‚Die Kollegen haben sich beschwert, daß sie in dem Dreck, den ihr macht, nicht mehr arbeiten können. Macht gefälligst mal schnell, daß ihr damit fertig werdet.‘ Und schon ist er wieder weg.

Die Arbeit dauert bis Schichtschluß. Die letzte Stunde heißt's, die schweren Staubsäcke auf dem Rücken die eiserne Treppe hoch ins Freie zu schleppen und in einen Container zu schmeißen.

Trotz der schweren Knochenarbeit empfinde ich es wie eine Erlösung, oben kurz ‚frische Luft‘ schnappen zu können.“

Aus: Wallraff, Günter (1985): Ganz unten. Köln: Kiepenheuer & Witsch, S. 90–92.

Aufgabe

(A 2) Klärt den Begriff der Leiharbeit und recherchiert nach der Funktion einer Koksmühle. Nennt die Akteure, die bei dem Arbeitseinsatz im Thyssenwerk beteiligt sind. Bewertet die Reaktionen der deutschen Thyssenmonteure.

M 3: 20 Jahre danach – ein Reporter erinnert an die Veröffentlichung des Buchs von Günter Wallraff

a) Textausschnitt: Umfrage unter Passanten

Reporter: „Günter Wallraff – ganz unten – sagt Ihnen das was?“

Frau: „Ja natürlich. Undercover-Journalist.“

Junger Mann: „Da hat sich Wallraff als Türke Ali ausgegeben und ich glaube in den 80er Jahren bei Thyssen oder irgendwo gearbeitet in Stahlwerken und geschildert, wie er dabei behandelt wurde. Schlecht natürlich.“

Frau: „Ich weiß, wer Günter Wallraff ist, ich kenne seine Recherchen, die er gemacht hat. Das ging ja durch die Presse.“

Mann: „Diese Maskerade war fantastisch. Mit dem Schnurrbart. Ja, ja genau, kann ich mich dran erinnern.“

b) Über sein Vorgehen und seine Rolle sagt Wallraff im Beitrag von Kempe:

„Zum Chef seiner Verleihfirma baut Ali mit der Zeit so etwas wie ein Vertrauensverhältnis auf – der weiht ihn nach und nach in seine illegalen Geschäftspraktiken ein, seine perfiden Ausbeutungsmethoden. Wie sollte ihm auch ein Türke wie Ali gefährlich werden können?“

Günter Wallraff: „Ich konnte Fragen stellen wie ein Kind. Ich konnte immer fragen, fragen, fragen, fragen. Und bekam die Antworten, die ein Erwachsener – erst recht ein Journalist oder Schriftsteller – nie mehr zu hören bekommt.“

c) Günter Wallraff zur Wirkung des Buchs:

„Das Buch hat immerhin in sehr kurzer Zeit an Ort und Stelle Verbesserungen eingeleitet, womit ich – als ich das Buch schrieb – nicht im Entferntesten gerechnet habe. Ich bin also inzwischen in meiner Arbeit sehr ermutigt, dass man mit einem so schwachen Medium wie einem Buch im Zeitalter der visuellen Techniken doch unmittelbar soziale Veränderungen erreichen kann.“

Aus: Kempe, Frank (2010): Die Rolle des Ali. Beitrag in der Sendung

„Kalenderblatt“ des Deutschlandfunks, gesendet am 21. Oktober 2010.

Vollständiger Text abrufbar unter: http://www.deutschlandfunk.de/die-rolle-des-ali.871.de.html?dram:article_id=127129 (Abruf am 28.1.2018).

Aufgaben

(A 3) Fragt in eurem Umfeld und unter älteren Bekannten, ob auch sie sich an Günter Wallraff und „Ganz unten“ erinnern können. Besonders interessant wird es, wenn ihr Menschen mit Migrationshintergrund nach ihrer Erinnerung fragt. Hatte das Buch für sie eine Bedeutung?

(A 4) Günter Wallraff beschreibt im Beitrag von Frank Kempe die Wirkung seines Buchs. Recherchiert im Internet nach aktuellen Projekten von Günter Wallraff, z. B. über seine Berichte über Burger King im Jahr 2014. Kann ein Buch wie „Ganz unten“ auch heute noch entsprechende

Wirkungen hervorrufen? Glaubt ihr, dass Enthüllungsjournalismus wie ihn Günter Wallraff betreibt, Missstände beseitigen kann?

(A 5) Günter Wallraffs Buch stieß z. T. auch auf Kritik: Durch die einseitige Berichterstattung in seinem Buch würden die Türken in eine Opferrolle gedrängt. Bestehende Vorurteile gegen Türken würden damit nur verstärkt. Ist Ali ein typischer „Gastarbeiter“?

Deutsche Geschichte nach 1945 beschränkt sich nicht auf Wirtschaftswunder, Kalten Krieg und Wiedervereinigung. Vor allem die Themen Alltags- und Arbeitsgeschichte werden im Unterricht vernachlässigt. Das Working Paper bietet kopierfähiges Material zu den Themen Arbeitslosigkeit/Arbeitszeitverkürzung, Arbeitskämpfe und Migration in der Arbeitswelt für den Einsatz in der Sekundarstufe I und II. Einführende Darstellungen werden durch wissenschaftspropädeutische Fragestellungen und Quellen ergänzt. Im Heft geht es um Arbeitslosigkeit/Verteilung von Arbeit (35-Stunden-Woche), Strukturwandel (Kampf um Rheinhausen), Schließungen durch die Treuhand (Hungerstreik Bischofferode) und Migration in der Arbeitswelt („Türkenstreik“ bei Ford und Wallrafs „Ganz unten“).
